

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwareindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 28 :. 27. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 10 b :. Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 11. Juli 1913

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Die göttliche Weltordnung. — Politischer Massenstreik. — Gewerkschafts- oder öffentlicher Arbeitsnachweis. — Die deutschen Gewerkschaftsstatuten im Jahre 1912. III. — Zehn Gebote der Gesundheit. — Zum Gegenseitigkeitsvertrag zwischen dem Verband der Tapezierer und dem der Sattler und Portefeuille. — Der Van Leidsch im Jahre 1912. — Sitzung der Schlichtungskommission der Militär-essetenbrände Berlins. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Aus Industrie und Handel. — Rundschau. — Bekanntmachung. — Bücherchau. — Sterbetafel. — Adressenänderungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 13. bis 19. Juli ist
der 29. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Aus Zweckmäßigkeitsgründen sind wir nicht
in der Lage, alle zurzeit beim Zentralvorstand
gemeldeten Lohnbewegungen an dieser Stelle
anzuzeigen bezw. vor Bezug zu warnen. Des-
halb werden die Kollegen in ihrem eigensten
Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in an-
deren Städten sich zuvor bei der dortigen Orts-
verwaltung zu erkundigen.

Aposda. Die Apollowerke sind für Sattler
gesperrt.

Breslau. Die Taschen- und Kofferfabrik
H. Krause ist gesperrt.

Gera, N. Sämtliche Arbeiter der Ka-
rasseriefabrik Peter Sackl stehen seit dem
20. Juni im Streik.

Königsberg. In der Wagenfabrik von
Denisch befinden sich die Sattler in einer
Lohnbewegung.

Die göttliche Weltordnung.

Die Börzenberichte als Gradmesser der
Konjunkturverhältnisse betätigen mehr als uns
lieb sein kann den von uns bei Beginn des
Jahres vorausgesagten wirtschaftlichen Rück-
schlag. Schneller als gedacht stecken wir in der
Krise, die von Lobrednern der heutigen Wirt-
schaftsordnung als eine vorübergehende Er-
scheinung bezeichnet wird. Wir sind zu wenig
Optimist, um an diese Trostworte zu glauben,
und nicht Pessimist genug, um zu sagen, wir
müssen uns damit, wie mit einem unabänder-
lichen Zustand, abfinden. Gewiß, solange die
heutige Gesellschaft mit ihrer unkontrollierten
und unkontrollierten Produktionsweise am
Ruder ist, solange wird die erwerbende Bevölke-
rungsschicht unter ihren Folgen schwer zu leiden
haben. Diese Erkenntnis aber zeigt uns den

Weg, den wir gehen müssen, um das System zu
beseitigen, welches den oberen Zehntausenden er-
möglichst, auf Kosten der nach Millionen zählenden
Arbeiterchaft in Wohlleben zu schwelgen.

Die organisierte Arbeiterchaft ist allfächer-
weise darüber hinaus, Einzelpersonen für die
unhaltbaren Zustände verantwortlich zu machen
und Einzelercheinungen zu verallgemeinern.
Wenn sie trotzdem allzu ausbeutungslüsterne
Unternehmer und säbelrassende Scharfmacher
an den Branger stellt und nötigenfalls mit ge-
leglich gewährleisteten Mitteln bekämpft, so in
der Hauptsache nur darum, um damit das
System zu kennzeichnen, das Rücksichtslosigkeit
und Brutalität der Unternehmer gegen Arbeiter
gebietet.

Das Glücksempfinden im Zeitalter vervoll-
kommener Technik löst sich in der Sucht aus,
schnell und möglichst mühelos reich zu werden.
Hast hat es den Anschein, als stehe die Mensch-
heit vor einer Katastrophe, und jeder einzelne ist
bestrebt, zusammenzuscharren, was zusammenzu-
scharren ist, um dann im Genußtaumel die Furcht
vor dem Ende zu erstickern. Unter Gebrauch der
Ellenbogen bahnen die Starken sich den Weg,
geht er auch über Leiden. Die Schwachen wer-
den zurückgedrängt und den letzten heißen die
Hunde. Unter solchen Umständen ist es kein
Wunder, wenn mangels geordneter, wohl-
berechneter Produktionsweise alles durcheinander-
geht und die Pönnung nur von Zufälligkeiten ab-
hängt. Wir sehen, wie Tausende und aber
Tausende von Menschen gezwungen sind, Kriegs-
zwecke zu dienen und Kulturansprüche entzogen
werden. Trusts und Syndikate regulieren nach
ihrer Art die Produktion, es kümmert sie nicht,
ob damit dem Bedarf entsprochen wird. Um die
Preise notwendiger Nahrungsmittel hoch zu
halten, werden Ernterträge ins Meer gewenkt,
das arbeitende Volk, seine Not wird nicht be-
rückichtigt.

Heilig, dreimal heilig ist der Profit, ihm
zur Ehre fallen jährlich Tausende auf dem
Schlachtfeld der Arbeit, werden Kinder schon im
Mutterleibe geopfert. Millionen und aber Mil-
lionen werden von der Arbeitsschwere fast er-
drückt, andere müssen arbeitslos, obdachlos,
ohne Zweife, dürftig gekleidet, auf der Land-
straße vegetieren, um schließlich elend zugrunde
zu gehen. All das nennt man die „göttliche Welt-
ordnung“. Nur die Herrschenden, die Mächtigen,
die Reichen, die Glücksritter haben den Platz an
der Sonne des Lebens, sie besitzen das Monopol
auf alle Genüsse menschlicher Kultur. Wenn
braucht der Arbeiter gute Bücher, Theater, Kunst
Bildung, nahrhafte Kost und gesunde Wohnung?
Bleibt ihm nur ivoiel Kraft, um den Anforder-
ungen zur Aufrechterhaltung der Produktion zu
genügen, dann hat er alles, was er braucht,
überschüssige Energie könnte dem Unternehme-
ren gefährlich werden. Gottvertrauen, Demut,
Genügsamkeit und Befähigung zum Hunger-
künstler sind nach den Begriffen der oberen Zeh-
ntausend die höchste Stierde der Arbeiter. So weit

sie das noch nicht wissen, muß es ihnen einge-
dauft werden. Wozu wird denn in der Schule
Religion und hobenzollerische Weltgeschichte
übermäßig gepflegt? Wozu sonst nehmen die
schwarzen Suñaren die Seele des Kindes ge-
fangen, vergiften sein Gemüt mit unnützen
Salbadereien und begleiten es, bis ihm der Helm
auf den Kopf und das Gehirn in spanische
Stiefel gezwängt wird.

Doch damit nicht genug, hurratriotische
Jugendvereine, in Byzantinismus erkerbende
Kriegervereine in Verbindung mit den gelben
Streifbrecherorganisationen werden getäffelt,
gepflegt und schließlich mit Geldmitteln aus der
Staatskasse unterstützt.

Durch diese Maßnahmen soll dem fromden
Menschen keine Zeit und keine Gelegenheit zum
selbständigen Denken gelassen werden. Sie
sollen knecht bleiben, sich die Schachfiguren
dirigieren lassen. So wollen es die Unter-
nehmer, so wollen es die Lobredner der so ge-
nannten göttlichen Weltordnung, nach der es
stets Arme und Reiche gegeben hat und bis in
Ewigkeit geben muß.

Doch die welterobernde Industrie, die den
Schweiß der Arbeiter in Gold für die Kapital-
listen ummünzt, ist neben den Maschinen auch
auf Menschen angewiesen, die sie bedienen. Der
komplizierte Mechanismus, die immer fort-
schreitende Technik regt zum Denken an und
schafft wider Willen der Ruknieher intelligente
Arbeiter mit klaren Köpfen und loaischer
Denkungsweise. Es ist daher eine ganz kon-
sequente Folgercheinung, daß mit der Zu-
nahme der Industrie auch der Bildungsgrad der
Industriearbeiter steigt. „Wissen ist Macht, Bil-
dung macht frei!“ Diesen Spruch kennen unsere
Unternehmer, sie wissen keine Bedeutung zu
schätzen. Darum versuchen sie durch Einführung
neuer Lohnformen alle Gedanken auf den Ar-
beitsprozess zu konzentrieren, die ganze Kraft
der Arbeiter in möglichst kurzer Zeit auszu-
nutzen.

Doch schon in den Entwicklungsstadien der
heutigen Industrie erblickten vorausschauende
Männer die Tendenz der Massenausbeutung des
Proletariats. Laut und vernehmlich erhoben sie
ihre Stimme, legten die Grundzüge und Richt-
linien zum proletarischen Befreiungskampf fest
und forderten engen Zusammenfluß aller Ar-
beiter, um so mit vereinten Kräften dem Kapi-
talismus entgegenzuwirken. Fünftzig Jahre
währt dieser Kampf, fast zwei Menschenalter,
und doch eine kurze Spanne Zeit im Vergleiche
mit der Zeit, seit uns der Spruch: „Friede
auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“
gelehrt worden ist.

Dem Kapitalismus ist ein Feind erstanden,
wenn der erst seine Kraft zu gebrauchen weiß,
dann ade Ausbeutung, Knechtung und Drang-
salierung. Aber bis die Arbeiterchaft liden-
los gewerkschaftlich und politisch organisiert ist,
bis sie die Waffen des Befreiungskampfes zu ge-
brauchen versteht, bis dahin hat es noch ante

Wege und bis dahin werden die Mittelrecher der heutigen Lohnung die Unmündigkeit und Geistes-trägheit der Arbeiter sich zu machen. Sie werden mit Hilfe der Schwärzen und Gelben verfahren, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Doch es ihnen aber nicht gelinget, dafür haben die klassenbewußten Arbeiter zu sorgen, indem sie die Macht erobern und zum Träger von Recht und Menschlichkeit werden. Es kann sich also nicht, wie wir eingangs erwähnten, darum handeln, einige oder einzelne Personen für die herrschenden Mißstände und die Not der Zeit verantwortlich zu machen. Das ganze Zeitalter muß befeuert und durch ein menschenwürdiges ersetzt werden. Es ist darum notwendig, erst beim Einsetzen der wirtschaftlichen Krise fester denn je zusammenzuhalten, die gewerkschaftliche, genossenschaftliche und die politische Organisations zu stärken. Diese drei Pfeiler im wirtschaftlichen und politischen Kampfe der Arbeiter um Freiheit und Brot müssen uns den Sieg bringen, wenn jeder Arbeiter, jede Arbeiterin sie zu führen versteht. Dazu ist wiederum Aufklärung durch Wort und Schrift notwendig. Die Arbeiterpresse und Versammlungen müssen fleißig in Anspruch genommen werden, in allen sozialen und kommunalen Verwaltungen müssen die Arbeiter sich das Mitbestimmungsrecht erkämpfen und so Schritt für Schritt, Roll für Roll die alte, göttliche Weltordnung durch eine neue, menschliche, erleben. Wer so seine Aufgabe als denkender Arbeiter erfährt, wer in diesem Sinne sich betätigt, von dem wird mit Stolz und Anerkennung gesagt werden, er ist ein Mensch, ein Kämpfer, dessen Bestrebungen dem ganzen Volke zum Wohle gereichen.

Politischer Massenstreik.

Die bereits veröffentlichte Tagesordnung des diesjährigen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie (14. September) und folgende Tage in Jena, scheint einigen temperamentvollen Heißspornen zu dürrig und zu wenig geeignet zu sein, um die Massen zur Offenheit im politischen Kampf zu erziehen. Die bewährliche Reglementierung bei jedem wirtschaftlichen Niedergang, Stillstand und in vereinzelten Fällen sogar Rückgang der Mitgliederzahl in den politischen Organisationen läßt in verschiedenen Köpfen den Plan reifen, durch Anwendung verbotener Mittel können die Verluste wettgemacht, überhaupt ein „frischerer Zug“ in die Arbeiterbewegung hineingebracht werden. Es soll deshalb auf dem Jenaer Parteitag die Anwendung des politischen Massenstreiks zur Verbeugung und Verdrängung des preussischen Wahlrechtskampfes in Erwägung gezogen werden. Nach Ansicht radikaler und revisionistischer Parteiführer soll die Diskussion über den Massenstreik geeignet sein, die Massen zu erziehen, sie aufzuklären, um schließlich die politische Macht zu erringen. Obgleich dieser Massenstreik als eine politische Aktion gedacht ist, so wäre nichts nachteiliger, als wenn die Gewerkschaftler zu diesen Plänen schweigen würden. Denn sie sind in erster Linie die Träger solcher Kämpfe, sie sollen mit ganzer Seele und ganzem Vermögen für den Erfolg einstehen. Aus diesem Grunde geht es nicht an, mit großem Phrasengeklänge den Massen Zukunftsbilder vorzumalen, sie auf Wege zu bringen, auf denen es kein Zurück gibt, sollen solche Aktionen nicht zur Revolutionsfeier und viel Schlimmerem ausarten. Die Gewerkschaften und die Parteiführer sind nur dadurch einflußreich geworden, weil sie stets bei all ihrem Tun die Erfolgsmöglichkeit vorher erwogen haben, ohne in aller Breite ihre taktischen Maßnahmen öffentlich zu diskutieren. Planmäßige systematische Aufklärungs- und Bildungsarbeit ist wohl beförderlich, die Erfolge, wenn auch vorerst minimal, aber sicherer Gewinn. Das Vertrauen und Zutrauen zur Organisation wächst und damit ganz automatisch die Zahl ihrer Anhänger. Die Massen lassen sich nicht mit Versprechungen allein abspenken, sie wollen sie eingelöst wissen. Dieser bezeichnende Wille erfordert wiederum Verantwortungsgefühl der Führer. Die freigrantisierte Arbeiterpartei in Deutschland ist keine Sekte mehr, sie ist ein Willkürherrscher, das im Staatsleben nicht immer negativ, sondern positive Arbeit leisten soll. Dabei ist nicht nötig, sich von Opportunitätspolitik leiten zu lassen, sondern gemäß unseren Grundfragen so viel für die Arbeiterschaft herauszuholen, als wie nur möglich ist. Das hierbei die öffentliche Diskussion des politischen Massenstreiks mehr als unangemessen ist, steht bei vernünftigen Menschen wohl außer Frage. Wir schließen uns deshalb vollständig dem „Proletariat“ an, wenn er unter dem Titel: „Ein Spiel mit dem Feuer“ schreibt:

Der Ausfall der Landtagswahlen in Preußen hat wieder einmal die bekannte Tatsache erbartet, daß das preussische Dreiklassenwahlrecht ein fast unüberwindlicher Wall zum Schutze der politischen Reaktion und damit zugleich ein sicheres Bollwerk gegen jeden politischen, ja gegen den allgemein kulturellen Fortschritt ist. Diese Tatsache ist zwar seit Jahrzehnten bekannt, aber bei Wahlen tritt sie deutlicher als sonst in das allgemeine Bewußtsein. Die Probe aufs Exempel ist selbst dann lehrreich, wenn sie bekannte Schlüsse bestätigt, und der Ausfall der letzten preussischen Landtagswahlen kann, nein muß selbst bei denen Inzornum und Entrüstung auslösen, die diesen Ausfall vorhergesehen und vorhergesagt haben. Es ist deshalb nicht nur erklärlich, sondern ganz selbstverständlich, daß die Frage: mit welchen Mitteln läßt sich eine Milderung des preussischen Wahlrechts erzwingen? jetzt mit besonderem Eifer erörtert wird. Preußen ist der richtunggebende Bundesstaat in Deutschland. Die preussische Politik beeinflußt nicht nur die Politik in den kleineren Bundesstaaten, sondern auch die im Reich. Ohne oder gar gegen Preußen wird im Bundesrat kaum je irgend etwas verlesen oder beschlossen, was Preußen will, ist zwar noch nicht Gesetz im Reich, hat aber sehr viel Aussicht, es zu werden. Nun empfangt die preussische Politik ihre Richtlinien vom Landtage. Die Zustimmung und der politische Wille dieses Landtages werden aber bestimmt oder doch richtunggebend beeinflusst durch die Beschlüsse des Wahlrechts, nach dem die Abgeordneten gewählt werden. Damit ist gesagt, daß das preussische Dreiklassenwahlrecht keine rein preussische Angelegenheit ist. Vielmehr hat jeder politische einseitige Deutsche das Recht, um nicht zu sagen, die Pflicht, eine Reform dieses „elendesten aller Wahlrechte“, wie Bismarck es einmal genannt hat, mit allen Mitteln zu fordern und zu fördern. Es ist deshalb auch nur zu begrüßen, daß die Trägerin der Opposition gegen das preussische Wahlrecht, die sozialdemokratische Partei, nach dem Wahlkampf den Wahlrechtskampf erneut aufnimmt.

Nun hat jedoch die Diskussion darüber, mit welchen Mitteln der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht am besten und wirksamsten geführt werden kann, in der letzten Zeit eine Richtung genommen, die ernste Bedenken auslösen muß. Besonders die Gewerkschaften haben Anlaß zu prüfen, ob nicht gewisse politische Heißsporne, die ein Minus an Verantwortungsfähigkeit durch ein Plus an Temperament ersetzen wollen, auf dem besten Wege sind, der deutschen Arbeiterbewegung einen schlechten Dienst zu leisten. In dem Bestreben oder unter dem Vorwand, den preussischen Wahlrechtskampf aus dem „toten Gelbte“ zu fahren, wird versucht, diesen Kampf in eine Bahn zu drängen, die wir meiden, aber nicht jagen sollten. Es ist kaum nötig, ausdrücklich zu sagen, daß diese Bemerkungen gemindert sind auf das Bestreben, den politischen Massenstreik als Kampfmittel zur Erringung eines besseren Wahlrechts in Preußen in Anwendung zu bringen.

Die Propaganda für den Massenstreik begann sehr vornehmlich. Es war zunächst nur von „außerparlamentarischen Massenaktionen“, von einer „Welterhebung des Kampfes von 1910“, die Rede. Allmählich wuchs der Ruf an. „Es schädern und verletzen, dann led und jetzt bewegen“ klang der Ruf nach dem Massenstreik. Nicht nur in der Presse, sondern auch schon in Versammlungen und Konferenzen. Das vorläufige Resultat sind mehrere Anträge an den nächsten Parteitag der sozialdemokratischen Partei. Der Kreis Lemmer-Menschke stellt nur die Frage, welche Mittel im Kampf um ein anderes Wahlrecht in Preußen in Anwendung zu bringen sind. Der Kreis Korbuss-Spreunberg dagegen fordert schon die planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum politischen Massenstreik“. Der Delitzsch-Bitterfelder Kreis scheint nicht nur die Frage, sondern auch die „Erziehung“ für überflüssig zu halten, denn er bezieht sich in einer Resolution den Massenstreik als „die wichtigste Waffe im preussischen Wahlrechtskampf“.

Nicht noch bemerkenswerter als diese Symptome sind die Vorgänge in einer Versammlung in Wilmerdorf bei Berlin. Dort hat sich der bairische Abgeordnete Dr. Frank in einem Referat so rückhaltlos für den Massenstreik als ein, nein, als das Mittel zur Erringung eines besseren Wahlrechts in Preußen ausgesprochen, daß die ampefende Vorläuferin des politischen Radikalismus, Rosa Luxemburg, sich zu dem Hinweis veranlaßt fühlte, daß der Massenstreik „kein Wundermittel“ sei, das man jederzeit auf der Tasche ziehen könne. Diese an sich sehr berechtigte Mahnung beruht allerdings bedauerlich auf Kredit, daß sie aus dem Munde der Genossin Luxemburg kommt. Denn die erklärte am 27. Mai in einer Versammlung in Leipzig (nach dem Bericht in der „Leipziger Volkszeitung“): „Die Schwerkraft der sozialdemokratischen Politik muß in die Massen verlegt werden, das Parlament bleibt nur noch eine, allerdings bedeutende Nebentribüne, von der aus die sozialistische Aufklärung erfolgen und die Masse aufgereizt werden

soll.“ Wenn Worte einen Sinn haben, in dem der Massenstreik zu einem politischen Wundermittel erhoben, das alle andern Steuern und Wirturen überflüssig machen soll, allerdings läßt sich die Argumentation der Genossin Luxemburg die Frage aus, was es für einen Sinn haben kann, mit dem Mittel des Massenstreiks um ein Wahlrecht zu kämpfen, das der Partei beifalls einige Plätze mehr auf einer parlamentarischen „Nebentribüne“ sichert. Man wirt doch in der Regel nicht mit großen Expeditionen nach kleinen Wirtren. Doch wir wollen hier nicht den logischen Wirtgen der Massenstreikagitation nachwrtren, sondern zunächst nur die Tatsache erhärten, daß diese Agitation ihrem Umfang und ihrer Form nach ernste Beachtung erfordert.

Daß die Agitation für den politischen Massenstreik neuerdings so üppig in die Saline schießt, ist nicht zuletzt auf den Verlauf und den Erfolg des Wahlrechtskampfes in Belgien zurückzuführen. Dort hat die Arbeiterschaft nach einem allgemeinen Streik von 10 Tagen der Regierung ein halbes Zugeständnis abgerungen. Die deutschen Massenstreikpropagandisten können nun durchweg weder die Vorbedingungen, noch den Verlauf, noch den Ausgang des Kampfes in Belgien. Trotzdem oder gerade deswegen schießen sie ohne weiteres von Belgien auf Deutschland und meinen, was dort beinahe halb gelungen ist, muß bei uns ganz gelingen. Das ist aber ein Schluß, zu dem nur absolute Unkenntnis der Verhältnisse führen kann.

In Belgien trat der Streit das ganze Land und damit ein abgeschlossenes Wirtschaftsgelände — in Preußen würde er nur ein Teilgebiet Deutschlands treffen. In Belgien war das Herz der Industrie, die Kohलगewinnung, so gut wie vollständig stillgelegt — in Preußen würden nur Bruchteile der Bergarbeiter aus den Gruben gehen. In Belgien richtete sich der Streit gegen eine in einem parlamentarisch regierten Lande auf eine geringe Mehrheit geträgte und obendrein in finanziellen Schwierigkeiten stehende Regierung — in Preußen würde er sich gegen einen parlamentarisch verfaßelten, auf eine überaus starke und rücksichtslos parlamentarisch sich stützenden Absolutismus richten. In Belgien fand der Streit im Bürgertum, namentlich in der bürgerlichen Presse, teils Unterstützung, teils wohlwollende Neutralität — in Preußen hätte er das Bürgertum mit wenigen Ausnahmen gegen sich. In Belgien ist das Mittel für die Regierung überhaupt, namentlich aber für die jetzige Regierung, eine sehr unsichere Stütze — die preussische Regierung, kann sich auf ihre Bajonnette setzen. Das sind nur einige besonders hervorhebende Unterschiede zwischen ihnen und drüber. Was wir dagegen als günstig in die Waagschale zu werfen haben, ist wenig. Unsere besseren, strafferen Organisationen! Ja, damit sieht es, speziell in Preußen, gar nicht so glänzend aus. Und überdies ist die Stärke der Organisationen nach Ansicht einiger Massenstreikprediger ein sekundärer Faktor. Rosa Luxemburg erklärte schon 1905 in Jena die Ansicht, es müßten Organisationen den Massenstreik vorangehen, für eine „ganz mechanische undialektische Auffassung“. Und in dem schon erwähnten Vortrag in Leipzig erklärte sie: „Man sojt uns oft mit den Massen- und Mittelgebildeten in der Hand, wir haben noch nicht genug Mitglieder, die Massen sind noch zu schwach, um große Aktionen durchzuführen zu können. C. über diese kleinen Mechaniker!“ In einer der letzten Nummern der „Leipziger Volkszeitung“ widmete sie einen ganzen Artikel fast ausschließlich dem Versuch, mit dem „Dienstagspunkt“ anzuräumen, man müße „das gesamte arbeitende Volk erst in die Parteikader einstellen, ehe man Geschichte macht“. Da die Auffassung, das gesamte arbeitende Volk müße oder könne auch nur organisiert werden, ein Dingenpunkt der Genossin Luxemburg ist, kann hier Polemik nur gegen die Warner gerichtet sein, die eine vollständige, straffere Organisation fordern, als wir sie jetzt besitzen. Das geht auch aus ihren weiteren Ausführungen hervor. Sie hält nicht die umfassende Organisation und planmäßige Schulung, sondern die „föhne Initiative“ für die erste Vorbedingung zur Durchführung großer „Massenaktionen“. Die unorganisierten Massen, ja die gegnerisch organisierten Schichten werden ihr „dann begünstigt Heerbanu leiten“, verkündet sie. Als Beweis führt sie den Kampf in Belgien an. Allerdings nur, weil sie die Tatsachen nicht kennt. In Wirklichkeit haben in Belgien die Unorganisierten nur in bestimmten Bezirken und aus ganz besonderen Verhältnissen heraus an dem Kampfe teilgenommen. Im ganzen stämmischen Teil Belgiens war die Beteiligung der Unorganisierten fast gleich Null. Und zu der Behauptung von der begeisterten Heerfolge der gegnerisch organisierten liefert die geradezu fanatische Verfassung des Generalstreiks durch die christlichen Gewerkschaften in Belgien einen sprechenden Beitrag. Vor allem aber, das muß nachdrücklich festgesetzt werden, daß gerade der Massenstreik in Belgien mit aller nur wünschenswerten Klarheit gezeigt, daß starke Organisationen die allererste Vorbedingung für einen wirksamen

Massenstreik sind. Und dann eine straffe Disziplin. Die unbedingte Unterordnung unter die in demokratisch geleiteten und geleiteten Organisationen selbstgegebenen Gesetze ist eine der ersten Vorbedingungen, nicht nur für den Erfolg, nein, schon für den korrekten Aufmarsch moderner Massenkämpfe. Planlose Putzche, blutige Revolten, wilde Zustände kann man ohne feste Organisation und ohne jede Disziplin beginnen und durchführen, unter Umständen sogar erfolgreich durchführen — ein politischer Machtkampf in einem modernen Staat ist aber kein russisch-revolutionärer Putzsch.

Allerdings sind auch über diesen Punkt „andere Leute anderer Meinung“. In einem „Die Massen heraus!“ überschriebenen Artikel der „Gleichheit“ bringt aus den Zeiten eine Frage über ein Zwielf an Disziplin in den deutschen Organisationen. Dieses Uebermaß von Disziplin gibt natürlich die Erklärung dafür, daß „die Massen“ bei uns gar nicht zum Generalstreik drängen. Es heißt in dem Artikel: „Oben“ scheint man vor der Verantwortlichkeit... „Unten“ dagegen harri man auf das Signal von oben und schritt vor einem kühnen, unabweislichen Drängen als vor einem Prud der Disziplin jurid.“ Die Angst der „Führer“ und die Disziplin der „Massen“, das sind also die Bremslöcher am Sturmwagen des Massenstreiks. Dieser überraschenden Feststellung folgt der vorichtig formulierte Satz: „Das Gleichgewicht zwischen der notwendigen Zucht der Organisation und der ebenso unentbehrlichen freien Initiative ist noch nicht da.“ Dieses „Gleichgewicht“ kann natürlich nur erreicht werden, wenn entweder „oben“ das Verantwortlichkeitsgefühl oder „unten“ die Disziplin sinkt. Es gibt Leute, die da meinen, wir hätten an beiden eher zuwenig als zuviel, aber das sind natürlich Organisationsfanatiker, die den Wert der freien Initiative nicht erkennen. Ein näheres Eingehen auf dieses Gleichgewichtstreben beragen wir uns; hier genügt der Nachweis, daß die wenigen Punkte, in denen wir dem belgischen Proletariat — vielleicht! — über sind, sich vor dem Rücktritt der Massenstreikführer auch noch als unnötig oder gar schädlich entpuppen. Die „Erziehung“ zum politischen Massenstreik fördert eben allerlei Erkenntnisfrüchte zutage.

Noch ein Wort schließlich zu dem Versuch, für einen kommenden Massenstreik neben der absonderlichen Theorie auch eine absonderliche Taktik auszubrüten. Dr. Frank meinte in seinem Vortrag, der Massenstreik könne eventuell auch als „fliegendes Feuer“ ausbrechen. „Vielleicht, daß z. B. im Westen eines Tages hunderttausend Vergleute nicht mehr in die Grube fahren, und wenn sie zur Arbeit zurückgekehrt sind, es im fernen Osten zu glimmen anfängt, und dann im Norden, in der Mitte und überall, so daß die Herrschenden in Preußen ihrer Herrschaft nicht mehr froh werden dürften.“ Das wäre der Massenstreik in Lieferungen. Ausländern kann man sich so etwas schon; legen kann man es auch, aber machen können wir in Preußen so ein politisches Froschscheuertwerk nicht.

Damit mag es für heute genug sein. Es lag uns daran, an einigen Beispielen zu zeigen, welche Früchte die so viel geforderte Erziehung zum politischen Massenstreik schon jetzt gezeitigt hat. Und es liegt uns ferner daran, gegen diese Art, den Kampf gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht zu „befruchten“, ernste Bedenken auszusprechen. Damit maßten wir uns kein Zensurrecht an über die Maßnahmen der sozialdemokratischen Partei, sondern wahren und vertreten nur das Interesse der gewerkschaftlichen Organisationen, die letzten Endes nicht nur die Verantwortung, sondern auch die Folgen eines Kampfes tragen müßten, der, wie die Dinge nun einmal liegen, blutverig Aussicht auf Erfolg bietet. Es ist unangenehm, das bekennen zu müssen, aber es ist immer richtiger, seine Kräfte vor der Schlacht zu wägen, als nachher. Dr. Frank meinte allerdings, gegen den Massenstreik dürfe sich nur werden, wer einen anderen Weg zur Eringung eines besseren Wahlrechts angeben könne. Weil das aber seiner Fönne, müsse dieser Weg gegangen werden, wie steil er auch sei. Zu diesem Einwurf hat Frank erst ein Recht, wenn er nachweist, daß der von ihm empfohlene Weg überhaupt zu dem angestrebten Ziele führt. Dieser Nachweis ist aber bisher noch nicht einmal ernstlich versucht worden. Und wir bezweifeln eben, daß er zu führen ist. Der Massenstreik ist gewiß nicht nur ein theoretisches Problem, sondern auch eine praktisch anwendbare Waffe im Befreiungskampfe des Proletariats. Aber sein Gelingen ist an Vorbedingungen geknüpft, die in dem vorliegenden Falle fast völlig fehlen. Das mag bedauerlich sein, aber es ist so. Diese Vorbedingungen werden auch durch eine Propaganda wie die zurzeit beliebte nicht geschaffen, sondern gewemmt. Und darin liegt nicht zuletzt die reaktionäre Wirkung dieser revolutionären Spielerei.

Gewerkschafts- oder öffentlicher Arbeitsnachweis.

Eine unserer größeren Verwaltungsstellen plant gegenwärtig, einen Arbeitsnachweis ins Leben zu rufen, trotzdem an demselben Orte schon ein öffentlicher Arbeitsnachweis besteht und gut floriert. Dadurch werden wir vor die Frage gestellt, ob es praktisch ist, eine solche Einrichtung einzuführen, oder ob es zweckmäßiger wäre, sich dem Bestehenden einfach anzuschließen. Entscheidend ist hier wie bei jeder Neueinrichtung, was für uns Sattler und Portefeuille mehr Vorteile bringt. Betrachten wir also von diesem Gesichtspunkte sowohl den geplanten als auch den bestehenden Nachweis.

Daß unser Arbeitsnachweis dem Arbeitssuchenden große Vorteile bringt, liegt auf der Hand. Seine ganze Einrichtung ist ja doch auf die Bedürfnisse der Arbeiter zugeschnitten. Darum wird der Kollege hier die beste Behandlung, eine volle Unparteilichkeit in der Auswahl bei Befragten und den größtmöglichen Zugang vor dem Lobhudriß der Unternehmer finden. Selbst für den Fall, daß sich Mängel einstellen oder ein schlechter Arbeitsvermittler Mißbräuche einreißt, selbst dann hat er die beste Garantie in unseren demokratischen Einrichtungen, daß dem Uebel abgeholfen wird.

Die Schwäche unseres Arbeitsnachweises liegt auf einem anderen Gebiete, und zwar auf dem Gebiete der Beteiligung der Unternehmer. Das kann niemand wundernehmen. Denn der Unternehmer will ja auch bei der Einstellung von Arbeitskräften seine Interessen wahren und wird sich darum sehr ungern an eine Vermittelung wenden, von der er weiß, daß hier nicht seine Interessen, sondern die der Arbeiter in erster Linie gewahrt bleiben. Die Folge davon ist die, daß die Unternehmer nicht in solcher Anzahl kommen, wie es für die Arbeitssuchenden nötig wäre und daß darum unsere Nachweise nicht den Erfolg bringen, den wir wünschen.

Das ist eine Erscheinung, die sich überall unangenehm bemerkbar macht. So berichtet das „Reichsarchivblatt“ von einer Statistik der Frequenz der Arbeitsnachweise in München in den Jahren 1908/09.

Danach suchten bei den Arbeitnehmernachweisen im Jahre 1908 = 11,2 Proz. sämtlicher Arbeitslosen und 1909 = 15,6 Proz. um Arbeit nach. Von den Unternehmern wandten sich aber nur 8,4 Proz. in 1908 und 10,8 Proz. in 1909 an die Arbeitnehmernachweise. Dementsprechend fiel auch die Vermittelung aus. Von 11,2 Proz. Arbeitsloser fanden 1908 nur 7,6 Proz. und von 15,6 Proz. 1909 nicht mehr als 10,7 Proz. neue Arbeit. Der dritte Teil der Arbeitssuchenden ging also unbefriedigt vom Arbeitnehmernachweis. Die anderen Arbeitsnachweise dagegen konnten in den beiden angeführten Vergleichsjahren auf ein Stellenangebot von 91,6 Proz. und 89 Proz. triumphierend hinweisen. Auch der Erfolg war natürlich größer; sie bestellten rund 90 Proz. und 88 Proz. Allerdings kann sich dieses Bild dadurch etwas verschoben, daß es Branchen gibt, in denen es keinen anderen Nachweis gibt als den der Arbeitnehmer. Dann behelfen sich aber die schlauen Arbeitgeber damit, daß sie in Zeitungen Annoncen loslassen, unter der Hand Arbeitskräfte suchen oder das Anfragen von Kollegen benutzen. Es bleibt also im allgemeinen doch die Tatsache bestehen, daß die Unternehmer unsere Nachweise zu meiden suchen und diese dadurch an Bedeutung für den Arbeitssuchenden verlieren. Wollen wir mit dieser Einrichtung nicht weiter wurseln, so gibt es für uns Gewerkschaftler nur zwei Wege. Entweder wir versuchen die Arbeitgeber zu zwingen, ihre Kräfte von unserem Nachweis zu holen oder wir benutzen einen anderen Nachweis, wo unsere Leute mehr Aussicht auf Erfolg haben. Gehen wir den ersten Weg, so werden wir unsere ganze Macht aufbieten müssen, um den widerstrebenden Unternehmer zur Benutzung unseres Nachweises zu zwingen oder zu verhüten, daß er wieder abbringt und sich anderwärts seine Arbeiter sucht. Das würde schwere Kämpfe nach sich ziehen, viele Opfer kosten und Riesensummen verschlingen. Dabei ist die Gefahr durchaus nicht ausgeschlossen, daß wir Kämpfe verlieren und nicht bloß für unsere Forderung, für den Arbeitsmarkt, sondern auch mit anderen Forderungen schwachmakt gesetzt werden.

Aber auch bei einem siegreichen Kampfe und noch mehr bei einer Bewegung, die mit einem Vergleich endet, wäre es sicher, daß wir andere Forderungen zurückstellen müßten oder uns mit Abschlagszahlungen zufriedengeben müßten, bloß um die eine Forderung des Arbeitsnachweises befriedigend geregelt zu haben. Damit male ich durchaus nicht grau in grau, sondern würdige nur die tatsächlichen Verhältnisse. Denn die Unternehmer wollen heute nicht einmal mehr den paritätischen Arbeitsnachweis, ja, sie wehren sich dagegen in manchen Fällen bis aufs Blut; das beweisen die Kämpfe der Holzarbeiter in Hamburg und die der Maurer in Nordensham. Wenn sie aber schon im paritätischen Arbeitsnachweis ein

Daar finden, wo sie doch mitzubestimmen haben, wieviel mehr Widerstand werden sie dem Arbeitnehmernachweis entgegensetzen, wo sie bekanntlich nichts dreinzureden haben. Daher erwidert wir auch der andere Weg viel gangbarer. Mit dieser Ansicht stehe ich jedoch keineswegs allein da. Auf denselben Boden stellen sich sogar die maßgebenden Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz. Der 6. Kongreß der freien Gewerkschaften in Hamburg 1908 forderte die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise und der Dresdener Kongreß 1911 gab den Gewerkschaften den Rat: „Ihre Arbeitsnachweise als Facharbeitsnachweise der öffentlichen Arbeitsvermittlung anzuschließen“. Diese Beschlüsse sind doch gewiß nach reiflicher Überlegung gefaßt worden. Sie haben davon ab, Subsidien für ihre eigenen Arbeitnehmernachweise zu fordern, sie verlangten sogar Gründung von großen Arbeitsnachweisen, die ihnen die Arbeitgeber abipentig machen würden und taten sogar den letzten Schritt, indem sie ihren selbständigen Nachweisen rieten, ihre Selbstständigkeit aufzugeben und Glieder des großen öffentlichen Arbeitsnachweises zu werden. Wenn solche Beschlüsse vorliegen, warum denn noch der Versuch selbständig vorzugehen?

Allerdings können wir uns nicht bloß denjenigen Institutionen anschließen, die mit einem solchen Stellenangebot prunkten. Sonst könnte es passieren, daß wir mit fliegenden Fahnen zum Arbeitgebernachweis übergehen und damit so handeln, wie der kluge Schäfer, der den Wolf zu seinem Schäferhunde ernannte und den alten treuen Hund erschoß. Im Gegenteil, wir müssen uns gegen Organisationen aussuchen, die auch sonst unseren gerechten Forderungen entsprechen. Daher scheiden für uns die Unternehmerverbände sofort aus. Ebenso haben wir nichts für die private Stellenvermittlung übrig, die von den Groschen der Arbeitslosen lebt. Was aber übrig bleibt, sind die öffentlichen Arbeitsnachweise, besonders wenn sie Glieder des Arbeitsnachweisverbundes sind. Denn hier haben wir von allen derartigen Verbänden die sichersten Garantien, daß unsere Kollegen wohl aufgehoben sind. Dafür sprechen schon die Prinzipien, nach denen sie geleitet werden. Diese Prinzipien hat der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Dr. Kersch in einer Rede zugunsten der öffentlichen Arbeitsnachweise im Landtag in die prägnanten Worte gekleidet: „Die Grundsätze, die sie für die Arbeitsnachweise aufgestellt haben, sind die absolute Unparteilichkeit, und zur Wahrung dieser Unparteilichkeit... die volle Oeffentlichkeit. Man hat diese besonders benannt den Grundsatz der Parität.“

Das sind doch gewiß Grundsätze, die diese Nachweisformen nur empfehlen können. Dazu kommt, daß sie noch den allgemeinen Bedenken immer mehr an Bedeutung gewinnen. Einmal strömen immer größere Scharen von Unternehmern ihnen zu, denn diese finden hier große Massen von Arbeitslosen ohne erhebliche Kosten. Dann hat ihnen der Staat ein neues Feld der Betätigung überwiesen, denn er hat im Stellenvermittlungsgesetz festgelegt, daß kein Stellenvermittler neue Konzeption erhält, wenn an seinem Ort ein öffentlicher Arbeitsnachweis tätig ist. Dadurch haben diese Nachweise das erlangt, was wir bei unseren Einrichtungen so schwerlich bekommen müssen, die Aussicht für den Arbeitslosen, bald wieder Arbeit und damit genügenden Verdienst zu finden.

Zudem haben wir begründete Aussicht, auch hier im Sinne und im Interesse unserer Kollegen zu wirken, wenn wir nur suchen, unseren Einfluß geltend zu machen. Denn von Anfang an haben in diesen Organisationen Arbeitervereine eine große Rolle gespielt. Arbeitervereine haben mit bürgerlichen Verbänden die ersten bestehenden Anfänge in Stuttgart, Karlsruhe, Pforzheim und anderen Orten gegründet. Sie haben auch in den Leitungen der Nachweisvereine mitgewirkt, nicht zum Schaden ihrer Entwicklung, selbst dann noch, als die Nachweise vor den Kommunen unterstellt wurden. Wir verlangen also nichts Besondere, nichts Ausfichtloses, wenn wir Einfluß auf die Leitung der Geschäfte, auf den Ausbau der öffentlichen Arbeitsnachweise verlangen.

Damit ist diese Frage entschieden: eigener Nachweis oder öffentlicher Nachweis. Bringt uns unsere eigene Gründung doch nicht die erhofften Erfolge, können wir dieselben Vorteile schließlich leichter bei den öffentlichen Einrichtungen haben, warum denn erst die eigene Gründung?

Lassen wir also die Hände weg von solchen Versuchungen, die doch nichts voll Befriedigendes herbeibringen!

Schließen wir uns den großen Organisationen an, die mehr bieten können und suchen wir sie in unserem Sinne auszubauen! Dann haben wir für die Arbeitslosen viel, viel mehr getan!

Ernst Kreplin.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912.

III.

Heber ihre Auanagebarung berichten für das Jahr 1912 765 Kartelle. Die gesamten Einnahmen betragen 1 976 262 Mk. (1911: 1 797 248 Mk.), die gesamten Ausgaben 1 787 088 Mk. (1911: 1 600 435 Mk.) und die gesamten Kassenbestände 1 034 025 Mk. (1911: 844 851 Mk.).

Von den Einnahmen führten 1 077 400 Mk. (1911: 946 089 Mk.) aus regelmäßigen Beiträgen der Gewerkschaften, 137 450 Mk. (1911: 283 856 Mk.) aus Streikunterstützungen und 761 922 Mk. (567 804 Mk.) aus anderen Sammlungen, Festüberschüssen und sonstigen Einnahmen her.

Heber die Mitwirkung der Kartelle bei Unter- und Aufhebungen der Gewerkschaften läßt sich aus der Statistik des Berichtsjahres feststellen, daß 243 Kartelle Einnahmen aus Streikunterstützungen verzeichnen. Die Streikunterstützung der Kartelle ist verschiedenartig geregelt. 22 Kartelle zahlen bei Streiks und Auspörrungen Unter- und Aufhebungen aus der Kartellkasse, 213 bringen die Unter- und Aufhebungen lediglich durch Sammlungen auf, während die Mehrzahl, 471, beide Wege als zulässig erachtet.

Die regelmäßigen Kartellbeiträge schwanken zwischen 10 Pf. und 2,00 Mk. pro Mitglied und Jahr. Die mittlere Beitragsleistung ist indes wesentlich höher, da in vielen Kartellen außer den regelmäßigen Gewerkschaftsbeiträgen noch besondere Beiträge für Sekretariate und Auskunftsstellen, für Bibliothekszwecke und Bildungsbestrebungen, für Gewerkschaftshäuser, Lokale, Verbergen und sonstige Zwecke erhoben werden. Der durchschnittliche Beitragsfuß, welcher auf jedes den Kartellen angeschlossene Mitglied entfällt, ist in einer ständigen Steigerung begriffen. Für 1912 beträgt diese Durchschnittsleistung aller Kartelle 84,8 Pf. Mit den Aufgängen wachsen die Ausgaben und dadurch die Beiträge der Kartelle; besonders die Errichtung von Gewerkschaftshäusern und Arbeitersekretariaten sowie die Anstellung von Beamten wirken auf die Erhöhung der Beiträge hin.

Von den Ausgaben der Kartelle kamen im Berichtsjahre 1912 (im Vergleich zum Vorjahre 1911) auf

Table with 3 columns: Category, 1912, 1911. Rows include: Agitation, Arbeitervertreterwahl, Statistische Erhebungen, Gewerkschaftshäuser und Versammlungshäuser, Verbergen, Arbeitsnachweise, Sekretariate, Auskunftsstellen, Bibliotheken, Lesezimmer, Streiks und Auspörrungen am Ort, Streiks und Auspörrungen auswärts, Verwaltungskosten, Sonstige Ausgaben.

Eine Verminderung ist nur bei den Ausgaben für Agitation sowie für Streiks und Auspörrungen zu verzeichnen, während bei einigen Ausgabeposten ganz erhebliche Steigerungen eingetreten sind, vor allem bei den 'Sonstigen Ausgaben', die besonders auch die Aufwendungen für die Bildungsausgänge und Jugendkommissionen enthalten, sowie bei den Ausgaben für Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen. Diese beiden Posten nebst denen der Gewerkschaftshäuser, Versammlungshäuser sowie Verwaltungskosten umfassen nahezu drei Viertel der gesamten Kartellausgaben. Daraus ergibt sich die Entwicklungstendenz, der die Gewerkschaftskartelle folgen. Sie entwickeln sich immer mehr zu Organisationen, denen die Regelung der Lokalfrage, Rechts- und Bildungsarbeit und Jugendfürsorge obliegt.

Heber den Umfang und die Wirksamkeit der örtlichen Zusammenschlüsse der Reichs- und Landesgewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften liegen noch immer keine von den Centralleitungen herausgegebene Übersichten vor. Die vorliegende Statistik kann deshalb nicht mit authentischen Angaben darüber ergänzt werden. Gemessen an der machtvollen Wirksamkeit der Kartelle der freien Gewerkschaften kommt den Kartellen der gegnerischen Gewerkschaften auch nur eine sehr untergeordnete Bedeutung zu. Die starke Machtentwicklung der Kartelle der freien Gewerkschaften tritt uns besonders klar vor Augen, wenn wir einige Angaben der Statistik des Jahres 1912, dem Beginn unserer Jahresstatistik, mit dem Ergebnis der jüngsten Statistik vergleichen. Es ergibt sich, daß die Zahl der berichtenden Kartelle von 310 auf 717 oder um 126

Prozent, die Zahl ihrer Gewerkschaften von 3905 auf 9418 oder um 139,6 Prozent, und die Zahl ihrer Mitglieder von 481 718 auf 2 339 571 oder um 385,6 Prozent gestiegen ist. Ihre Einnahmen sind gewachsen von 294 189 Mk. auf 1 838 782 Mk. oder um 524,6 Prozent, ihre Ausgaben (ohne Streikunterstützung) von 206 349 Mk. auf 1 635 718 Mk. oder um 685,2 Prozent. Freilich, auf dem Gebiete der Streikunterstützung haben sie von gelegentlichen Schwankungen abgesehen, ihre Tätigkeit erheblich eingeschränkt: von 241 450 Mk. im Jahre 1901 sanken ihre bezüglichen Ausgaben auf 131 370 Mk. im Jahre 1912, aber immerhin beträgt der Durchschnitt der 12 Jahre 385 323 Mk. Man darf aus der jetzigen Entwicklung der Gewerkschaftskartelle den Schluß ziehen, daß sie besteht, als Mitarbeiter und Mitkämpfer der Gewerkschaftsbewegung ihre Pflicht zu tun, und das berechtigt sie zu der Erwartung, daß die Gewerkschaften wiederum die Entwicklung der Kartelle in jeder Hinsicht fördern mögen.

Zehn Gebote der Gesundheit.

Gehemrat Professor Dr. Vincenz Czerny, der berühmte Heidelberger Kliniker, der sich am Schluß dieses Semesters von seinem Lehramt zurückzieht, hat, wie wir dem 'Berliner Tageblatt' entnehmen, aus den Erfahrungen seiner Praxis zehn Lebensregeln zusammengestellt, von denen die ersten drei eine Einführung in den Gesundheitszustand bedeuten, während die übrigen sieben praktische Ratschläge geben. Diese letzten sieben folgen hier:

1. Du sollst Körper und Geist richtig pflegen, den Tag für Arbeit und Erholung richtig einteilen, kräftige, gesunde Nahrung genießen, Reinlichkeit in jeder Beziehung beobachten, und eine trockene, sonnige, gut gelüftete Wohnung bewohnen.

2. Acht Stunden Berufsarbeit, acht Stunden Erholung und Ausbildung, acht Stunden Ruhe und Schlaf dürften am besten sein. Mit dem Schlaf sind zwei Stunden vor und zwei Stunden nach Mitternacht die erquickendste Zeit. Die Erholungszeit umfasst zwei Stunden für die drei Mahlzeiten, zwei Stunden für Kunst und letters, zwei Stunden für die Familie, deine Freunde und die Öffentlichkeit, zwei Stunden für einen vernünftigen Sport (Spaziergang auf die Berge, Reiten, Fahren, Rudern, Schwimmen, Turnen, Spiel in freier Luft).

Die Kost muß leicht verdaulich sein, kräftig, den Verhältnissen angepaßt. Mehr als ein Liter an Speisen und Getränken sollte bei jeder der drei Mahlzeiten nicht eingenommen werden. Was darüber ist, belästigt den Magen. Daraus ergibt sich die Pflicht der Mäßigkeit im Essen und Trinken. Ausschließliche Pflanzenkost hat in den Reagen, welche der Magen und Darm zu verarbeiten können, nicht genug Kraft (Kalorien). Es muß deshalb der vegetabilischen Nahrung genügend Eiweiß und Fett in leicht verdaulicher Form zugeführt werden (Fleisch, Fisch, Eier, Butter, Milch, Käse).

Du sollst nicht Sklave der Genussmittel werden. Alkohol, Bier, Wein, Schnaps, Likör, Kaffee, Tee, Tabak haben keinen Nährwert, sind aber durch Hebung von vielen Generationen zur unentbehrlichen Gewohnheit des Kulturmenschen geworden und schmecken durch etwas Besseres zu ersetzen. Sie alle sind Gifte, die durch Gewöhnung an Gefahr verloren haben, aber bei unmäßigen Gebrauch disponieren Menschen das Leben zu verkürzen. Tabak und Alkohol zerrütten das Nervensystem und machen leicht Geistesverfallung. Kaffee und Tee töten den Schlaf und stellen nach 4 Uhr nicht mehr genossen werden. Mindestens einmal im Leben sollte der Mensch diese Genussmittel für eine Zeitlang weglassen.

Schon die Kinder müssen zur Reinlichkeit erzogen werden. Mindestens eine Schwammabwaschung des ganzen Körpers mit kaltem Wasser zweimal täglich Reinigung der Zähne, des Mundes, Gesichtes und der Hände. Ein Vollbad einmal wöchentlich. Regelmäßiges Wechsel der Leib- und Bettwäsche. Verlasse kein fremdes Geschirr oder Wanne, wenn du nicht sicher bist, daß sie gut gereinigt sind. Die Wohnung muß geräumig, trocken, sonnig sein, und namentlich die Schlafräume müssen groß und gut gelüftet sein. Setze nicht mehr Kinder in die Welt, als du gut erziehen und ernähren kannst.

Bei Krankheit veräume nicht, möglichst bald den Rat eines tüchtigen Arztes einzuholen und seinen Ratschlägen zu folgen.

Es gereicht uns zur Genugtuung, wenn Gelehrte vom Rufe des Prof. Czerny die Forderung der freien Gewerkschaften in bezug auf die Einteilung des Tages als berechtigt anerkennen und zum Ausdruck bringen. Auch was er von gesunder, kräftiger Nahrung und trockener, sonniger und gelüfteter Wohnung schreibt, unterschreiben wir, sind dies doch Hauptpunkte der modernen Arbeiterbewegung, die um so eher verwirklicht werden können, je schneller alle Arbeiter die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation anerkennen haben und sich in deren Sinn betätigen.

Zum Gegenseitigkeitsvertrag zwischen dem Verband der Tapezierer und dem der Sattler und Portefeuller.

IV.

Die für einen eventuellen Hebertritt zu den Tapezierern in Berlin in Betracht kommende Eisenmöbel- und Lederstuhl-Branche hat sich nun schon in drei Präsidentschaften logischer gezwungen gemacht mit dem Gegenseitigkeitsvertragsentwurf der beiden Zentralverbände beizugehen. Aber die Kollegen der Branche in Berlin haben die Angelegenheit heute noch nicht so feierlich, ja feindselig gegenüber wie am Anfang. Außerdem ist unter den Kollegen eine gewisse Wagnung vorhanden darüber, daß durch diesen Schritt die anderen laufenden Angelegenheiten der Branche vernachlässigt, und die so notwendige Agitation vollständig lahmgelegt wird.

Was speziell die Lederstuhlpolsterer anbetrifft, so wird sie niemand überzeugen können, daß sie durch den Hebertritt zu den Tapezierern ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage auch nur hochhalten, geschweige denn verbessern könnten. Selbst wenn die Tapezierer keine höheren Beiträge hätten, statt 9,50 auf 17,50 Mk. pro Woche Arbeitslosenunterstützung an vollberechtigte Mitglieder zahlten, selbst wenn uns weiter die Arbeitsvermittlung durch einen Arbeitsnachweis der Organisation gewährleistet würde, so würde es doch vielen Kollegen, namentlich den älteren, außerordentlich schwer fallen, ihren alten Kollegenkreis aufzugeben, um sich dafür in eine Organisation zu lassen, die ihnen bisher fremd war. Statt dessen sind bei den Tapezierern höhere Beiträge zu zahlen die Arbeitslosenunterstützung ist bei den vollberechtigten Mitgliedern pro Woche um 8 Mk. niedriger und zu alledem müssen wir uns auf dem sehr wichtigen Gebiete der Arbeitsvermittlung eine entsprechende Versicherung gefallen lassen, indem dann durch den sogenannten paritätischen Arbeitsnachweis der Tapezierer unorganisierte und unklare Elemente auf legalen Wege in die Betriebe hineinkämen, während selbst organisierte Sattler, die sich nicht als Tapezierer ausweisen können, von diesem Nachweis nicht bemittelt würden.

Weiter würde, wie schon in der Versammlung, in der diese Aktion eingeleitet wurde, zum Ausdruck kam, und wie auch im ersten Eingangsbericht von H. S. zutreffend ausgeführt wurde, durch diese Maßnahmen unseren Kollegen, auf indirektem Wege, ein Arbeitsgebiet entzogen, welches sie seit Jahren der Branche unwehentlich, weil ursprünglich die Einstarbeiten schwerer war, z. B. das Leder die und hier, und sich dazwischen leicht verarbeitet, überlassen die Tapezierer den Sattlern gern diese ihnen unbenutzte Arbeit. Es beabsichtigt oder nicht, soll dahin gestellt bleiben, aber auf eine leichtere Weise, als durch den Gegenseitigkeitsvertragsentwurf wäre es nicht möglich, uns Sattler und nach aus dieser Branche zu verdrängen, deshalb kann man es unseren Kollegen wirklich nicht verdenken, wenn sie sich jetzt, wo es noch Zeit ist, gegen eine derartige Regelung mit Händen und Füßen sträuben. Die Opfer, die also den auf Lederstühle arbeitenden Kollegen zugemutet werden, haben keinen in keinem Verhältnis zu den Vorteilen, die eventuell bei einheitlichem Vorgehen bei Lohnbewegungen usw. erreicht werden könnten, ganz abgesehen davon, daß wir nach Lage der Verhältnisse mit den hier in Berlin in dieser Branche bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen vorläufig zufrieden sein müssen. Daß die hier gegen den Hebertritt zu den Tapezierern vorgebrachten Argumente keine Schwachpunkte sind, sondern auf realen Tatsachen beruhen, wird mir jeder in der Branche tätige Kollege geben, und kommt auch schon darin zum Ausdruck, daß sich bis heute von den betreffenden Kollegen weder in Versammlungen noch an dieser Stelle kein einziger Vertreter des Hebertritts gefunden hat.

Es kann doch niemals die Absicht des Hamburger Gewerkschaftskongresses gewesen sein, durch einen erzwungenen Hebertritt in eine andere Organisation den davon Betroffenen zuzumuten, eine derartige Versicherung ihrer Position mit in den Kauf zu nehmen. Wenn die Lederstuhlpolsterer einig zu der Heberzeugung kommen sollten, daß ihre Interessen bei den Tapezierern mehr gefördert werden, so werden sie dann auch die Konsequenzen ziehen, bis dahin haben wir keine Verantwortung, aus unserer alten Organisation auszutreten.

Die einzig richtige Lösung der Frage wäre eine Verschmelzung beider Organisationen, welche Ansicht auch in der Resolution der Verwaltungsstelle vorkommen zum Ausdruck kommt, und auch in einer Berliner Präsidentschaft dem Zentralverbänden der Tapezierer gegenüber empfohlen wurde. Der Standpunkt, daß die Entwicklung beide Verufe immer mehr entzweigen, und deshalb eine Verschmelzung nicht wünschenswert sei, halte vielmehr eine Zeitlang seine Berechtigung, aber jetzt, angesichts der Tatsache, daß heute schon, infolge der Entwicklung in der Lederstuhlpolsterfabrikation, ein großer Prozentsatz

ehemaliger Sattler in diesem Berufszweig tätig ist, und umgekehrt im Automobilbau, in der Flugzeug-Industrie usw. ein erheblicher Teil Tapezierer beschäftigt ist, kann man doch heute im Ernst diese Anschauung nicht mehr vertreten, im Gegenteil eine Verschmelzung würde für die Kollegenchaft beider Organisationen von großem Nutzen sein. A. P.

V.

Das „Korrespondenzblatt“ der Tapezierer schreibt in Nr. 27 zu dem von uns in Nr. 24 veröffentlichten Eingekandt I von B. D.:

„Alle diese Sätze sind anfechtbar, sie entsprechen nicht den Tatsachen. Tatsache ist vielmehr, daß die Lederfabrikarbeit schon vor Jahrzehnten ausgesprochene Tapeziererarbeit war. Erst nachdem sich größere Stuhlfabriken gebildet haben, zogen die Fabrikanten Sattler als billige Arbeitskräfte heran. Genau so liegt es in der Matrasenbranche, wo aus demselben Grunde verschiedene Unternehmer viele ungelernete Arbeiter anlernen ließen!

Die Befürchtung, daß die Sattler aus der Stuhlbranche durch die Tapezierer gänzlich verdrängt werden könnten, ist einfach aus der Luft gegriffen. Wenn das richtig wäre, würden nicht eine sehr große Anzahl gelernter Sattler seit Jahrzehnten ständig als Tapezierer arbeiten. Diese vorgebrachten Einwände gegen einen Gegenseitigkeitsvertrag sind sehr wenig inhaltlich.

Eine nähere Erörterung dieser Gründe wollen wir uns vorbehalten bis die Diskussion in der Presse abgeschlossen ist.“

Derselben Nummer entnehmen wir einem Verjammlungsbericht aus Mönchen:

„Zum Vertragsentwurf mit dem Sattlerverband präzipierte Kollege Söhle die Ansicht des Gesamtvorstandes. Wenn etwas geschaffen werden sollte, dann dürfte man keine Ausnahme zulassen gegenüber den Berliner Kinosaum- und Teppichlegern, welche nach dem Entwurf im Sattlerverband verbleiben sollen. In der Diskussion nahm der Vertreter des Sattlerverbandes das Wort. Er führte aus, daß er gehärt hätte, daß der hiesige Bezirksleiter darauf hingewirkt, daß der Vertrag mit dem Sattlerverband nicht zustande kommen dürfte. Für die Tapezierer, welche bei der Firma Benz u. Cie tätig sind, wäre es überhaupt besser, wenn sie im Sattlerverband organisiert wären. Was der Verband der Tapezierer hier an Mitgliedern verliert, kann er wieder in anderen Städten gewinnen. Was die Berliner Kinosaum- und Teppichleger anbelangt, sei er mit den Bedingungen einverstanden. Die der Vertragsentwurf vorliegt. Kollege Wiede bemaht sich ganz entschieden dagegen, daß ihm unterstellt wird, er arbeite darauf hin, daß der Vertrag nicht zustande kommen soll. Soweit gingen seine Befugnisse doch nicht. Das historische Recht, welches die Berliner Kinosaumleger in Anspruch nehmen, könnte man andererseits auch für uns beanspruchen. Bei der Firma Benz u. Cie. arbeiten zurzeit 23 Tapezierer als Autopolsterer, darunter 4 Vorstandsmitglieder. Unter denselben befinden sich Kollegen, welche seit der Gründung des Tapeziererverbandes mit an erster Stelle gestanden haben und die heute noch ihre Pflicht dem Verbande gegenüber erfüllen. Auch diesen Kollegen würde es schwer fallen, dem Tapeziererverband Vales zu sagen. Wenn etwas geschaffen werden soll, dann darf aber auch keine Ausnahme gemacht werden. Des weiteren verurteilte er das Verhalten der Sattler, die es heute schon versuchen, unsere Kollegen in den Sattlerverband herüberzuführen. Kollege Weroth bei Benz u. Cie. vertritt die Ansicht wie der Vorstand. Kollege Mathes, bei Benz u. Cie., führte aus, daß er das Gefühl hätte, nur von den Sattlern gebildet zu werden und es wäre schließlich besser, wenn die Tapezierer im Sattlerverband organisiert wären. Kollege Söhle konstatierte zum Schluß, daß im großen ganzen die Mitglieder mit der Ansicht des Vorstandes einverstanden sind.“

VI.

Die Berliner Wagenbranche nahm in einer Versammlung Stellung zu dem Gegenseitigkeitsvertrag zwischen dem Tapezierer- und dem Sattlerverband. In längerer sachgemäßer Diskussion wurden die Vorschläge der beiden Zentralvorstände durchberaten. Die Kollegen waren durchweg der Ansicht, daß man sich von den Vereinbarungen keinen allzu großen Nutzen versprechen könnte, sondern daß vielmehr gerade das Gegenteil von dem erreicht würde, als die Absicht der Zentralvorstände war. Nach dem Zeitungsbericht mußte der größte Teil der Bremerhaver Kollegen dem Tapeziererverband beitreten, weil die Mehrzahl auf den Werften als Polsterer beschäftigt sind. Demnach würde unser Verband eine ganze Anzahl Mitglieder verlieren. Bei vielen Kollegen tritt auch häufig ein Branchenwechsel ein, so daß diese gezwungen wären, bald in dem Sattler- und bald in dem Tapeziererverband zu sein. Abgesehen davon, daß für die Wagenfahler durch den Abtritt derjenigen Tapezierer, welche in der Wagen- und Flugzeugbranche speziell auf Klusteffel-

garnierungen beschäftigt sind, ein kleiner Vorteil zu verzeichnen ist, konnten die Vereinbarungen von den Kollegen doch nicht gutgeheßen werden. Es gelangte vielmehr folgende Resolution zur Annahme:

„Die Wagenbranche beantragt beide Zentralvorstände, dahin zu wirken, daß Lohn- und Arbeitsbedingungen in Betrieben, in denen Sattler und Tapezierer zusammen arbeiten, die gleichen werden; außerdem in Zukunft Tarifverträge nur dahin abzuschließen, daß beiderseitige Interessen herrscht und die stehwährenden Grenzfragen dadurch unterbleiben.“

Der Gau Leipzig im Jahre 1912.

Am 1. Juli 1913 waren es zehn Jahre, seitdem wir die Gauenteilung haben. Heute betrachtet man sie als selbstverständlich und doch wurde damals ein heftiger Kampf um dieselbe geführt. In diesen zehn Jahren hat der Gau Leipzig jedes Jahr an Mitgliedern zugenommen, so auch im Jahre 1912. Anfang des Jahres zählte der Gau 2179, am Ende 2261 Mitglieder, somit eine Zunahme von 82 Kollegen. Einige Verwaltungsstellen haben eine bedeutende Zunahme aufzuweisen, wie Braunschweig, welches von 78 auf 102 Mitglieder, und Dresden, welches von 470 auf 538 Mitglieder zuzunahm. Leipzig mit 454 Mitgliedern stagnierte. Andere Verwaltungsstellen wie Erfurt und Zeitz haben dagegen Verluste aufzuweisen. Erfurt ging zurück von 39 auf 13, und Zeitz von 148 auf 116 Mitglieder. Diese Schwankungen haben ihre Ursachen. Entweder steigt die Mitgliederzahl durch eine gut verlaufene Lohnbewegung wie in Braunschweig oder sie geht nach einer solchen zurück, wie es in Zeitz der Fall ist. Auch die Austritte von Militärarbeiten wirken auf den Mitgliederbestand in den einzelnen Filialen ein, so in Dresden, Erfurt und Eisleben. In Aufnahmen wurden im verfloßenen Jahre 765 vollzogen. Wenn der Gau nur um 82 Mitglieder zugenommen hat, so haben wir Veranlassung nach dem Grunde zu forschen. Abgemeldet haben sich in den Filialen des Gaues 806 Mitglieder, angemeldet aber nur 480. Ausgeschlossen wurden 357. Somit stellt sich der Zugang auf 1245, der Abgang auf 1163 Mitglieder. Wir erleben aus diesen Zahlen, daß die Abmeldungen gegenüber der Zahl der anmeldenden Mitglieder bedeutend überwiegt. Diese Erscheinung ist auch in den anderen Gauen vorhanden. Es ist daher die Pflicht der Kassierer, mehr wie bisher die sich abmeldenden Kollegen darauf aufmerksam zu machen, sich in der nächsten Verwaltungsstelle ihres Wohnortes wieder anzumelden.

Die Zahl der Verwaltungsstellen beträgt 30. Am Bestande derselben änderte sich nichts.

An Einnahmen aus Beiträgen, Aufnahmen und sonstigen Einnahmen brachte der Gau die Summe von 34801,89 Mk. auf. An Erwerbslosenunterstützung und Verdigungsbeiträge wurden innerhalb des Gaues durch die Verwaltungsstellen 14359,90 Mk. ausgezahlt. Für die Streiks innerhalb des Gaues wurden 9278,64 Mk. ausgegeben. Nicht eingerechnet sind dabei die Ausgaben für Streiks in anderen Vereinen, wo Kollegen mitbeteiligt waren. In die Hauptkasse wurden insgesamt 36651,57 Mk. von den Verwaltungsstellen des Gaues abgeführt.

Auf dem Gebiete der Agitation wurde alles getan, um den Gau vorwärts zu bringen. Durch Wort und Schrift wurde den Berufsangehörigen Zweck und Nutzen des Verbandes vor Augen geführt. In den Agitationsstunden der Referenten unserer Organisation im März wurde ein kurzgefaßtes Flugblatt mit Verjammlungs Einladung herausgegeben. Dieses wurde an sämtlichen Orten, wo Agitationsversammlungen stattfanden, unter allen beschäftigten Kollegen verteilt. Ein anderes Flugblatt in Proschürenform, betitelt „Vorwärts mit neuer Kraft“, wurde in der Auflage von 5000 gedruckt und im Gau verbreitet.

Die mündliche Agitation wurde durch Vorträge in Versammlungen, durch Werkstattdemonstrationen und Hausagitation betrieben. Die Agitationsversammlungen, welche vom Zentralvorstand innerhalb des Gaues im Februar und März ausgeführt wurden, brachten uns eine Anzahl neuer Mitglieder. Als Referenten wirkten die Kollegen Blum, Weinschild, Bartsch und Höf. Außer den Orten, wo wir Verwaltungsstellen haben, wurde die Agitation betrieben in Regau. Hier ist eine Lederwaren- und Pelzfabrik von Weite u. Söhne. In dieser arbeiten 12 Sattler und Pelzschneider und ebensoviel Arbeiterinnen. Trotzdem nur zwei Sitzungen abhielten und der Gaubeisitzer Gurek dort Hausagitation betrieb, gelang es nicht, die Arbeiter für die Organisation zu gewinnen. Eine Agitation in Otschach brachte uns vier Mitglieder. Hier befindet sich die Lederwaren- und Rohstofffabrik von Arno Bohorjeld. Diese Firma verkauft ihre Rohstoffe zu wahren Schleuderpreisen. Die Kassier sehen auch danach aus. Wenn je die Worte „Billig und gut ist nicht befallammen“ Bedeutung haben, so ist das hier der Fall.

In Annendorf bei Halle fand anfangs Februar eine Betriebsversammlung der Firma Lindner, Wagon- und Automobilfabrik, statt. Mit Ausnahme von 4 Mann waren in diesem Betriebe alle Kollegen organisiert. Da eine Anzahl von diesen dem Verbande neu begetreten waren und um die Kollegen dauernd an die Organisation zu fesseln, hielt ich einen Vortrag über Zweck und Nutzen des Verbandes. Nach dem Streit, welcher durch die Maßregelung von drei Kollegen unserer Organisation mehr im Betriebe gebildet. Von der Gründung eines gelben Betriebsvereins sah man ab. Dafür pressten die Vorarbeiter die beim Streit eingestellten Ausstreiker und nach Vermeidung derselben hineingekommenen Sattler in den Christ-Flunderschen Gewerkeverein. Die Betriebsleitung dachte schluß, gehts nicht geht es blau. Doch gelang es uns im Laufe des Jahres, einige Mitglieder unserer Organisation im Betriebe zu halten. Unsere Kollegen in Halle haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sich die Sattler dieses Betriebes wieder dem Sattler- und Portefeullerverbande anschließen.

In Gotha fand im Juli eine Sitzung der Kollegen statt. Obwohl hier 33 Sattlergehilfen arbeiteten, waren nur 7 Kollegen zur Versammlung erschienen. In der Wagonfabrik arbeiten 9 Gehilfen. Hier sind die Sattler ebenfalls irramen Mitglieder der gelben Organisation. Da es nicht gelingt, die Sattler in die Versammlung zu bringen, müssen wir versuchen, durch Hausagitation vorwärts zu kommen.

Eine Sitzung, welche in Rudolstadt abgehalten wurde, brachte den Beitritt zweier Kollegen.

Seit Jahren versuchen wir bei der Firma Ehrhardt in Köhndorf Fuß zu fassen. Aller Liebe Mühe war bis jetzt erfolglos. Eine Sitzung, welche hier stattfand, wurde von zwei Kollegen besucht. Der Fabrikant hatte den Gehilfen sofortige Entlassung angekündigt, wenn sie sich dem Verbande anschließen würden. Die Sattler haben alle Ursache, sich zu organisieren. Der Verdienst beträgt die Woche bei dieser Firma 16 bis 20 Mk. Dabei ist der Lebensunterhalt gar nicht so billig am Orte. Beschäftigt werden 10 Gehilfen und 20 Arbeiterinnen.

Der Sattlermeister Kose in Ermsleben bekommt Aufträge in Militärarbeiten. Es gelang uns, die bei ihm beschäftigten Gehilfen in einer Sitzung, wo ich zugegen war, in den Verband aufzunehmen. Eine persönliche Verhandlung auf Anerkennung des Berliner Tarifes der Militärattler brachte nicht den gewünschten Erfolg. Herr Kose will den Tarif nur für eingerichtete Gehilfen bezahlen. Wer eingerichtet ist, darüber entscheidet er selber. Selbstverständlich sind nach seinem Begriffe alle Gehilfen nicht eingerichtet. Ueber diese Frage müssen wir mit Herrn Kose noch ein ernstes Wort reden.

Eine Hausagitation, welche in Schleuzingen bei den Arbeitern der Firma Walz vorgenommen wurde, brachte uns keinen Erfolg. Hier arbeiten die Leute auf Säbelscheiden. Der Verdienst beträgt bei 14stündiger Arbeitszeit 14 und 15 Mk. Die Heimarbeiterinnen verdienen 6 Mk. und sind vom frühen Morgen bis zum Abend tätig. Dieselben Verhältnisse finden wir bei der Firma Simion u. Co. in Eulsh. Auch hier verdienen die Arbeiterinnen auf denselben Artikel nicht mehr. Und dabei handelt es sich in den meisten Fällen um Staatsaufträge. Die Sattler, welche auf mobile beschäftigt werden, verdienen mehr. Doch ist der Wechsel im Arbeitsverhältnis bei dieser Firma sehr häufig. Insgesamt kommen mit der Säbelscheidenfabrikation 8 Gehilfen in Frage.

In Osterode am Harz sollte sich eine Hofentrag- und Damenanzugfabrik befinden. Auf Anfragen bei dem Kartellvorstehenden erhielten wir keine Antwort. Da ich in die Nähe kam, fuhr ich dorthin und stellte fest, daß der Betrieb vor Jahresfrist aufgehoben war. In Goslar betrieb ich eine Betriebsversammlung von der Firma Gerhardt Hohn ein. In dieser Hofentrag- und Damenanzugfabrik sind 4 Sattler, 150 Arbeiterinnen und an 200 Heimarbeiterinnen beschäftigt. Zu der Versammlung erschien niemand. Es war dies von uns der erste Versuch, wenn er mißglückte, so soll uns dieses nicht abhalten, von neuem einzufachen. Wie mir mitgeteilt wurde, hat das Gewerkschaftskartell ebenfalls versucht, vor zwei Jahren die Leute zu organisieren. Von denen, welche die Versammlung damals besucht haben, sind am anderen Tage eine Anzahl entlassen worden. Dieses hat die Arbeiterinnen jehu gemacht und sie lassen sich schwer bewegen, in die Versammlung zu gehen.

Mehr Glück hatte ich in Wernigerode, wo sich vier Gehilfen dem Verbande anschlossen.

Durch die Gründung eines Werkevereins bei der Firma Richard u. Hering in Ronneburg meldeten sich, durch den Druck der Betriebsleitung veranlaßt, die bei uns organisierten Sattler ab. Dies betrahlte mich, hinzuzutreten und jeden einzelnen im Hause aufzusuchen. Es gelang mir, einige Kollegen

für unsere Organisation zu halten. Der Lohn ist hier sehr niedrig. Beschäftigt werden 13 Gehilfen. Von den Kollegen in Weerane wurde die Agitation in Glauben betrieben. Hier sind 30 männliche und 95 weibliche Arbeiter in der Lederwarenindustrie beschäftigt. Einige davon sind im Puchbindeverband organisiert. Einzelne Mitglieder haben wie gewöhnlich Unverdröffen arbeiten wie weiter, um auch hier vorwärts zu kommen.

(Schluß folgt.)

Sitzung der Schlichtungskommission der Militäreffektenbranche Berlins.

Am 20. Juni fand in den Räumen des Gewerkegerichts und unter dem Vorsitz des Herrn Mag. Rat Dr. Maguhn eine Schlichtungskommissionssitzung statt. Als Vertreter der Parteien wirkten mit: a) Arbeitgeber: Coban, Radhaus, Peder, b) Arbeitnehmer: Kiesel, Pinskiwski, Pahl, Villig, c) als Protokollführer: Kap. Bureau-Assistent Tschirner.

Der Verhandlung lagen folgende Streitpunkte zugrunde: 1. Bei den Positionen 7, 98 und 103 bestanden Meinungsverschiedenheiten darüber, ob sämtliche Schlaufen und Strippen gepußt und gereißelt dem Affordarbeiter zu liefern sind. Die Arbeitnehmer behaupten, daß nach Hof. A 1 des geltenden Tarifvertrages die kleinen Besatzteile dem Affordarbeiter gepußt und gereißelt zu liefern seien, wenn die in Frage stehende Tarifposition mit einem Stern versehen sei. Dieses sei bei den Positionen 7, 98 und 103 der Fall. Die Arbeitgeber berufen sich dagegen auf den Schiedsspruch vom 21. September 1910, der verleihe und zum Gegenstand der Verhandlung gemacht wurde, in welchem genau festgelegt sei, welche Korrekturen durch den Arbeitgeber zu leisten seien. Herr Coban gibt zu, daß in keinem Betriebe bisher die kleinen Besatzteile dem Affordarbeiter gepußt und gereißelt worden seien, dieses aber lediglich auf ein Versehen seines Meisters zurückzuführen sei. Wenn auch die Tarifposition 7 mit einem Stern versehen sei, so müßte trotzdem der Schiedsspruch vom 21. September 1910 in Geltung bleiben, keinesfalls sei aber hiermit ausgesprochen worden, daß alle Besatzteile vorgefertigt zu liefern seien. Es herrscht Einverständnis darüber, daß der Stern bei Hof. 7 in dem Korrekturabzug der endgültigen Fassung vorhanden hat. Herr Radhaus, der diesen Korrekturabzug gelesen hat, erklärt, daß er den Stern gesehen und Widerspruch dagegen nicht erhoben habe. Die Arbeitgeber behaupten nun, daß bei den Vorverhandlungen über die Hof. 7 gesprochen worden sei und daß die Parteien darüber einverstanden gewesen seien, daß es hinsichtlich der Hof. 7 beim Alten, d. h. beim Schiedsspruch vom 21. September 1910 bleiben solle. Die Arbeitnehmer behaupten dagegen, daß über die Korpusarbeiten überhaupt nicht gesprochen worden sei; es sei vielmehr nur gesagt worden, es bleibe beim Alten, aber ihrerseits sei hervorgehoben worden, daß ein Stern davorkäme. Die Arbeitgeber geben zu, daß bei den Vorverhandlungen über das Pußen nicht besonders gesprochen worden ist. Folgender Schiedsspruch wurde verkündet:

„Bei den Tarifpositionen 7, 98 und 103 sind in Zukunft auch die Schlaufen und Strippen den Affordarbeitern aufzugeben und gereißelt zu liefern.“

Nach Fällung des Schiedsspruches wurden die Fragen angelegt:

1. Wie hoch das vom Affordarbeiter vom Tage der Differenz ab geleistete Aufpußen und Reifeln der kleinen Besatzteile zu bewerten sei, 2. was unter „in Zukunft“ zu verstehen sei. In betreff dieser Punkte sind sich die Parteien darüber einig, daß das Aufpußen und Reifeln der kleinen Besatzteile an den Taschen 7 und 98 mit 2½ Pf. pro Tasche zu bewerten ist und daß unter „in Zukunft“ vom Tage des Einpruchs ab zu verstehen ist.

2. Die Arbeitnehmer beantragen Feststellung eines Preises für das Aufpußen und Reifeln der Patronentasche 99 gemäß Hof. 8. Den Antragsteller wurde anheimgegeben, die Streitfrage vorerst dem Vertrauensmannen Herrn Kiesel zu unterbreiten.

3. Es handelt sich um die Bezahlung der Pacht für die Wandaermarie, bei welcher im Verhältnis zur Pacht für die leichte Kavalserie Hof. 68 eine Mehrarbeit erforderlich ist. Herr Peder hat diese Tasche mit 6,50 M. bewertet, die Arbeitnehmer verlangen dagegen für die Tasche einen Affordlohn von 7.— M. Die Parteien schloßen hierauf folgenden Vergleich: „Herr Peder verpflichtet sich, für die in seinem Betriebe angefertigten Pachttafeln für Wandgendarmerie, soweit alle Nähte mit der Hand genäht sind, 6,65 M. Affordlohn für die einzelne Tasche zu bezahlen. Wird diese Pachttafel gemäß Hof. 68 mit der Maschine genäht, so wird 1 M. weniger gezahlt.“

4. Den Gegenstand des Streits bildet der Tornister Hof. 1 des Tarifvertrages, bei welchem durch Verfügung der Heeresverwaltung in der An-

fertigung eine Veränderung eingetreten ist, die nach Ansicht der Arbeitnehmer eine Mehrarbeit erfordert. Die Arbeitnehmer bewerten diese Mehrarbeit mit 10 Pf. für jeden Tornister, indem sie behaupten, daß der Affordarbeiter bei der Anfertigung von 10 Tornistern 2 Stunden mehr Zeit als früher verbräuche. Die Arbeitgeber wollen nur 5 Pf. für jeden Tornister zulegen. Folgender Schiedsspruch wurde verkündet:

„Für die neuen Infanterie-Tornister 1907/13 ist bis 31. Dezember 1913 ein Zuschlag von 5 Pf. und vom 1. Januar 1914 ein Zuschlag von 10 Pf. zu zahlen.“

Aus unserem Beruf.

Heinrich Schulz, Verwaltungsbeamter der Kranfucker Filiale unseres Verbandes, soll einer uns zugegangenen Meldung zufolge am 2. Juli plötzlich todsüchtig geworden sein, weshalb er durch die schnell herbeigeholte Rettungswache einer Anhalt überwiesen worden ist. Die anderen Tages benachrichtigte Gausleitung hat im Einverständnis mit dem Zentralvorstand die Regelung der Verbandsschäfte übernommen. Die Geschäftsstelle befindet sich bis auf weiteres im Gewerkschaftshaus, Stolzeit. 13, II. Zimmer 28.

Kazimierz auf der Suche nach Arbeitwilligen für Prüffel. Auf der Herberge „Zur Heimat“ in der Cranienstraße zu Berlin verlor der Arbeitwilligenvermittler Kazimierz Wagenkötter nach Prüffel an engagieren unter dem Vorwande, sie würden in Oberfeld Stellung bekommen. Er bot freie Meise und einen Wochenlohn von 40 M. an. Da wir genau wissen, daß diese Sattler nach Prüffel veridicht werden sollen, um dort Streikbedienheiten zu vollziehen, erluchen wir, den Werbungen Kazimiercs kein Gehör zu schenken.

Korrespondenzen.

Kositz. (E. S. 7.) Am 1. Juli wurde hierseitig eine allgemeine Versammlung abgehalten, in welcher unser Gauleiter Kollege Druseenthal aus Hamburg uns einen sehr lehrreichen Vortrag über die Entwicklung unserer heutigen Gewerkschaften hielt. Beim Punkt Vertriebenes wurde der Gauleiter beauftragt, beim Hauptvorstand vorstellig zu werden, daß in Medienburg auch die Stoffbeiträge eingeführt werden sollen, ebenso wie in Schließen und Posen, denn was der einen Provinz recht ist, muß der anderen billig sein. Gleichzeitig wurde vom Gauleiter an uns die Forderung gestellt, in Kositz einen Untergau einzuführen. Dem wurde nachgegeben und eine Kommission gewählt. Erfolg wird sie aber nur durch Einführung der Stoffbeiträge zeitigen. Denn nur sie können für unseren Untergau Vorteil bringen. Wir wollen schon für Agitation sorgen, die Arbeit soll uns nicht scheuen, aber die Hauptsache muß die Hauptverwaltung regeln. Sodann wurde noch ein gemeinschaftlicher Ausflug mit der Familie und Kinderbelustigung beschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Radausstellung für die Ledertriebriemenindustrie. Der Verband der Ledertriebriemenfabrikanten Deutschlands (E. B.) beschäftigt, in Verbindung mit seiner nächstjährigen Hauptversammlung im Frühjahr 1914 in Berlin wieder eine Radausstellung zu veranstalten. Die Anregung geht von verschiedenen Maschinen- und Lederfabrikanten aus. — Die Ausstellung wird umfassen: Maschinen und Werkzeuge zur Herstellung von Riemenleder, Lederriemen, Rundschnüren, Ledermanschetten usw. Riemer Treibriemen jeder Größe und jeglichen Materials, Ledermanschetten, Klappen und Membranen, Hobbaufholzen und Hobbaufgahräder, Ritzschloßen (Contenuehosen), Anzeileitern, Schlagriemen, sonstige Lederartikel, Bleistich, anderweitige technische Lederartikel aller Art, Nähriemenleder, Riemenpanzer, Riemenleger, Riemenverbinder, Abdähsions- und Konserrierungsmittel sowie sonstige für die Anfertigung und Verwendung von Treibriemen erforderlichen Gegenstände. — Die letzte Ausstellung dieser Art, die im Jahre 1910 stattfand, war namentlich auch aus dem Auslande sehr stark besucht und hat wertvolle Geschäftsverbindungen ermöglicht, die sich durch schriftliche Offerten niemals hätten anbahnen lassen.

Automobilexport. Auch im Monat Mai ist die Ausfuhr der deutschen Automobilindustrie von neuem gestiegen. Sie betrug 10 478 Doppelgänger gegen 6 980 Doppelgänger im Mai des Vorjahres und 10 530 Doppelgänger im April 1913. Seit Beginn dieses Jahres betrug der Automobilexport 45 098 Doppelgänger gegen 35 042 Doppelgänger in der Vergleichszeit des Vorjahres. An der Ausfuhrsteigerung deutscher Automobile sind Argentinien, Belgien, Dänemark, Ausland und Schweden beteiligt, abgenommen hat die Ausfuhr nach Brasilien und England. So günstig diese Ziffern sind, so ver-

mögen sie doch die Bedenken nicht zu zerstreuen, daß die vielen Betriebserweiterungen und Neugründungen von Automobilunternehmungen die Gefahr eines Rückchlages bedeutend erhöhen, weil der Steigerung der Produktionsfähigkeit, die gegenwärtig noch nicht voll in Kraft tritt, nicht nur eine Andauer der günstigen Automobilkonjunktur, sondern noch eine erhebliche Verringerung folgen mußte.

TIK. Die amerikanische Zollrevision und der deutsche Handel. Einen für Europa und speziell auch für Deutschland wichtigen Beschluß faßte Anfang Mai dieses Jahres das amerikanische Repräsentantenhaus, indem es mit anfänglicher Mehrheit das von dem demokratischen Präsidenten Wilson eingebrachte Gesetz, betreffend die Revision des amerikanischen Zolltarifes, annahm. Darnach hat die Zollverwaltung dargetan, daß sie mit der jetzigen Abperrung der Grenzen gegen jegliche Einfuhr ausländischer Waren und den dadurch hervorgerufenen vielfach ungebührlichen Preissteigerungen nicht einverstanden ist. Wird die Vorlage auch vom Senat angenommen, was mit einiger Sicherheit zu erwarten ist, so sind damit die Wege zu einer Herabsetzung der oft unbillig hohen Zollsätze gebahnt. Wie sich die letzteren neugehalten werden, läßt sich vorläufig noch nicht genauer erkennen. Wenn stellenweise geklärt wird, es werde eine allgemeine Herabsetzung der Zollsätze erfolgen, so ist das ebenso falsch wie die Annahme, die Zollrevision erfolge etwa im Interesse des ausländischen Handels. Im Gegenteil kommen dabei ganz allein die amerikanischen Interessen in Betracht, allerdings nicht diejenigen einiger weniger Geldmagnaten und deren Trustgesellschaften, sondern die des amerikanischen Volkes, welches als Konsument schließlich Zahler der Zollgebühren ist. Nach dieser Richtung hin wird das Zollrevisionsgesetz auch zugleich ein Schutzgesetz für die amerikanische Bevölkerung gegen die ungebührliche Ausfuhr derselben durch die großen Trustgesellschaften und somit ein wirkliches Anti-Trustgesetz, im Gegensatz zu den bisherigen sogenannten Anti-Trustmaßnahmen der Regierung, die im großen ganzen nichts anderes waren als Blendwerke zur Irreführung der öffentlichen Meinung und deshalb auch als unwirksam von den Trustleitern gar nicht gefürchtet wurden.

Wenn aber auch das neue Zollgesetz einzeln den Interessen des amerikanischen Volkes dienen soll, so ist es trotzdem auch für das Ausland und auch gerade für die deutsche Industrie, soweit dieselbe als Exportantin für die Vertriebung des amerikanischen Warenbedarfes in Frage kommt, von wesentlicher Bedeutung. Sind doch die jetzigen amerikanischen Einfuhrzölle für die meisten Industrieerzeugnisse so hoch, daß sie in Verbindung mit der noch nebenbei betriebenen schändlichen Zollabfertigung jede Einfuhr und somit auch jede Konkurrenz unterbinden. Die natürliche Folge davon sind hohe Preise für vielfach mangelhafte Ware und damit Leid in Leid gehend eine Verheerung der Trustherren zum Schaden der Allgemeinheit. Werden die Zollsätze nun soweit herabgesetzt, daß sie, wenn auch unter Wahrung des Schutzes der nationalen amerikanischen Arbeit, der ausländischen Industrie die Möglichkeit lassen, mit der amerikanischen Industrie auf ihrem eigenen Grund und Boden den Wettbewerb aufzunehmen, so wird dadurch die letztere angeporn, ihre Erzeugnisse durch verbesserte Arbeitsverfahren zu verbolkommen und zu verbilligen, zum Besten der Arbeitnehmer. Der ausländischen Industrie und nicht zuletzt auch der deutschen aber bieten sich neue Absatzwege für viele ihrer Fabrikate. Als solche werden allerdings landwirtschaftliche Produkte sowie auch Rohstoffe kaum in Frage kommen, da Amerika solche billiger liefern kann als wir. Anders dagegen verhält es sich mit Fertigerzeugnissen. Für eine weitgehende Einführung solcher in Amerika ist bei einer auf voller Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit beruhenden Gestaltung des amerikanischen Außenhandels durch eine vernünftige Festsetzung der Zollsätze begründete Aussicht vorhanden. Die wichtigsten solcher Artikel sind für Deutschland vor allem bessere Maschinen, land- und hauswirtschaftliche Geräte, chirurgische, optische, Zeichen- und sonstige Instrumente; ferner die sogenannten Solinger Waren, Waffen u. dgl. Aber auch Textilwaren und sonstige Erzeugnisse des deutschen Gewerbetreibers werden voraussichtlich in weiterem Maße als bisher ihren Weg nach Amerika finden.

Ausland.

Schweden. Sattler-, Lederriemen-, Heffeffekten- und Wagenfabrikindustrie 1911. Nach der letzten veröffentlichten amtlichen Industrie-statistik für 1911 bestanden in Schweden 10 fabrikmäßig betriebene Sattlereien (davon 4 als Aktiengesellschaften) mit 116 Arbeitern, darunter 23 erwachsene und 4 jugendliche Frauen. Ihr Herstellungswert ist wiederum erheblich gestiegen: er betrug 1909 349 233 Kronen, 1910 542 567 Kronen, 1911 843 752 Kronen. Für steuerpflichtiges Einkommen war zusammen 50 467 Kronen. In Städten lagen 8 Betriebe mit 113 Arbeitern.

Die 5 Lederriemenfabriken (davon 3 als A. G.) hatten 47 nur männliche Arbeiter und 45.910 Kronen steuerpflichtiges Einkommen. Auch diese Industrie ist stark vorwärts gegangen. Ihr Produktionswert war 1909 475.775 Kronen, 1910 594.192 Kronen, 1911 818.614 Kronen. In Städten lagen 3 Betriebe mit 18 Arbeitern.

Die 9 Keilseifenfabriken (davon 2 als A. G.) beschäftigten 315 Arbeiter und hatten 122.135 Kronen versteuertes Gesamteinkommen. Von den Arbeitern waren 62 = 17 Frauen. Der Produktionswert betrug 1.374.052 (1910); 1.232.646; 1909: 1.062.722; Kronen. 8 Fabriken mit 396 Arbeitern befanden sich in Städten, davon 4 mit allein 251 Arbeitern in Göteborg, 1 mit 16 in Stockholm, 1 mit 17 in Malmö, 1 mit 22 in Västerås.

Die 71 Wagenfabriken (auschl. der Eisenbahn- und Tramwagen-Fabrikationen), darunter 18 Aktiengesellschaften, hatten mit 865 Arbeitern einen Produktionswert von 4.230.416 (1910); 3.274.591 Kronen und 153.100 Kronen versteuertes Einkommen. 34 Firmen mit 485 Arbeitern lagen in Städten.

Rundschau.

Sommerurlaub! „Das peinliche und kleinliche Abwägen der augenblicklichen Vorteile, das in unserem Verufe so häufig zu finden ist, zeitigt bei so manchem... die Meinung, daß er keine Zeit habe, nachzulassen. Bis der Zusammenbruch kommt, der ihm dann zeigt, daß es auch ohne ihn geht, und daß er bei einem rechtzeitigen Ausweichen so manchen Zeitraum nicht begangen hätte, daß der und jener Vorfall bei gesundem Verstande sich ganz anders anfühlt. Schaltet aus oder ihr werdet ausgeschaltet. Und gönnt auch den Angestellten eine Zeit, in der sie sich erholen sollen! Wenn nach derselben wieder viel von ihnen verlangt werden muß, so ist das Recht dazu durch diesen Urlaub erkauft. Die Einsicht, daß solch eine Ruhezeit notwendig ist, nicht nur weil sie im Interesse des betreffenden Geschäftes liegt, sondern auch weil sie die Ökonomie der Menschenkraft an und für sich verlangt, dringt ja erfreulicherweise immer weiter durch. Wer sich nicht absichtlich gegen die Erfahrungen in rein physiologischen Vorgängen abschießt, der weiß, daß die in dieser Hinsicht bisher gepriesene Sparpartei eine das Staatswohl mißachtende Verschwendung war.“ („Vorabendblatt für den deutschen Buchhandel“ (Nr. 138) vom 18. Juni 1913.)

Stellungnahme der schweizerischen Gewerkschaften zur Frage des Generalstreiks. Der Ausschuß des schweizerischen Gewerkschaftsbundes brachte kürzlich in seiner Sitzung die Beratung der Frage des Generalstreiks, die ihn schon seit einigen Jahren wiederholt beschäftigt, zum vorläufigen Abschluß, indem er einer Resolution des Sekretärs Hugger zustimmte, die wie folgt lautet:

1. Die Schweizer Gewerkschaftsverbände lehnen den sogen. revolutionären Generalstreik ab. Sollte wider Erwarten in der Schweiz irgendwo eine derartige Streikaktion propagiert oder infiziert werden, dann betrachten es die Gewerkschaftsverbände als ihre Pflicht, in Verbindung mit den Vertrauensmännern der politischen Arbeiterorganisation solchen Versuchen entgegenzutreten und nötigenfalls die organisierten Arbeiter direkt aufzufordern, sich an diesen anarcho-fundamentalistischen Experimenten in keiner Weise zu beteiligen.

2. Der Generalstreik ist normalerweise nicht geeignet als Waffe im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter gegen das Unternehmertum, weil er in der Regel die Arbeiterbevölkerung oder andere am Kampfe unbeteiligte Volksteile schwerer schädigt, als die Unternehmer, gegen die er sich richtet, einzelne Arbeitergruppen viel mehr als andere gefährdet und öfters angewendet nicht nur unwirksam zu werden droht, sondern schließlich die Bestrebungen der Gewerkschaften auf Einführung von Tarifverträgen zunichte machen würde. Sympathie- oder Solidaritätsstreiks, die von vornherein auf wenige voneinander abhängige Berufsgruppen beschränkt werden, ebenso die sogenannten generalisierten Streiks, die sich nicht über das Gebiet einer Industrie hinaus ausdehnen, können nicht als Generalstreik im oben bezeichneten Sinne gelten. Die Stellungnahme der schweizerischen Gewerkschaftsverbände zu solchen Konferenzen richtet sich nach den an den Bauarbeiterkonferenzen und im Gewerkschaftsausschuss im Jahre 1911 gefassten Beschlüssen.

3. Politische Massenstreiks als Notwehr- oder Protestaktionen können von den Gewerkschaftsverbänden erst dann unterstützt werden, wenn es sich darum handelt, Maßnahmen der Behörden, durch die gemeinsame Lebensinteressen oder unentbehrliche Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse ernstlich bedroht werden, zu verhindern und in solchen Fällen, wo die Arbeiterklasse in ihrem Ehrgefühl verletzt wurde, daß das Ansehen der Organisation durch kein anderes Protestmittel besser geholt werden kann, als durch das eines Massenstreiks. Auf Unterstützung einer solchen Streikaktion durch die Gewerkschaftsverbände und den Gewerkschaftsbund kann nur

gerechnet werden, wenn die zwischen Bundeskomitee und Komitee der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vereinbarten Bedingungen für die Unterstützung eines politischen Massenstreiks sind.

4. Massenstreiks als Mittel zur Erroberung der politischen Macht erscheinen kaum empfehlenswert. Sollte der Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz die Anwendung dieses Mittels als Waffe im politischen Kampfe akzeptieren, so müssen die Gewerkschaftsverbände für sich das Recht fordern, im gegebenen Fall an den Beratungen teilzunehmen zu dürfen und sich vorbehalten, von Fall zu Fall zu solchen Aktionen Stellung zu nehmen.

5. Bundeskomitee und Gewerkschaftsausschuss sind der Überzeugung, daß die Arbeiterklasse in der Schweiz sich für ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen erst dann wirksam wehren kann, wenn sie möglichst vollständig organisiert ist. Der Beitritt aller Arbeiter und Arbeiterinnen zur Gewerkschaft und die ständige Mitarbeit jedes einzelnen am Ausbau der Organisation, wo sich hierzu Gelegenheit bietet, werden zur Wahrung der gemeinsamen und der besonderen Interessen der Arbeiter aller Industrie- und Berufsgruppen mehr beitragen, als selbst der berechtigte und weitverbreitete Generalstreik.

Vor der diesjährigen Resolution des Gewerkschaftsdelegierten unterbreitet wurde, in den Zentralvorständen ein ausführlicher Bericht des Gewerkschaftssekretärs über Erfahrungen und bisherige Stellungnahme der Gewerkschaften in der Schweiz zur Frage des Generalstreiks, sowie über die wichtigsten damit direkt zusammenhängenden Erscheinungen und Probleme zugestellt worden.

Außerdem hat eine mehr theoretische Auseinandersetzung über den Generalstreik in einer Ausschüßung stattgefunden, bei welchem Anlaß dem Sekretär des Gewerkschaftsbundes wie den Ausschüßdelegierten Gelegenheit gegeben wurde, sich über die bisherige Stellungnahme der einzelnen Gewerkschaftsverbände zum Generalstreik genau zu orientieren.

Die vorliegende Resolution ist das Resultat der Bemühungen des Bundeskomitees, bei der Entscheidung über Fragen, bei denen verschiedene politische Meinungen aufeinanderstoßen, unter allen Umständen die gewerkschaftliche Einheit hochzubehalten. Es ist deshalb leicht erklärlich, daß die Resolution in der vorliegenden Fassung milderer, namentlich den Anhängern des Generalstreiks, ist, als gewöhnlich.

Nun wird noch der Gewerkschaftskongress der schweizerischen Gewerkschaften, der am 13., 14. und 15. September d. J. in Zürich stattfindet, über die Resolution und deren Interpretation das letzte Wort zu sprechen haben.

Mißgünstige Polizeiaktion gegen die Gewerkschaften. Wie wir in einer Notiz vom 13. Juni in Nr. 24 dieses Organs mitteilen, wurden in Sagan an 10 Jubiläumsfeiernde freier Gewerkschaften von der Anklage der Uebertretung des § 3 Abs. 2 des Vereinsgesetzes freigesprochen. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Der Regierungspräsident bemühte sich, alles nur denkbare Material herbeizuschaffen. In seinem Schreiben an die Staatsanwaltschaft betonte er, daß er allen Wert auf die Aufrechterhaltung der Berufung lege. Das Gewerkschaftsstell in Sagan betätigte sich ganz zweifellos sozialdemokratisch. Es stehe in örtlicher und persönlicher Beziehung mit der Sozialdemokratie in enger Verbindung. Die Delegierten der einzelnen Gewerkschaften seien sämtlich Anhänger der Sozialdemokratie und wurden in der „Görlitzer Volkszeitung“ einfach als „Genossen“ bezeichnet. Auch werde von dem Kartell und der Partei dasselbe Lokal zu ihren Versammlungen benutzt. Das Kartell habe sich in seiner ganzen Tätigkeit als Gefolgschaft der sozialdemokratischen Partei gezeigt. Die Masse gebe vom Kartell aus; es bilde zusammen mit dem Wohlverein einen Bildungsausschuss usw. Es ist, so schließt das höchst interessante Schriftstück, eine Erscheinung, die im Bezirk an mehreren Orten hervortritt, daß die sozialdemokratischen Wahlvereine möglichst im Hintergrunde bleiben und ihre Agitation in Versammlungen, Aufzügen und Festlichkeiten äußerlich durch die Gewerkschaftsstell und Arbeitervereinigungs-, Sportvereine und dergleichen betreiben. Durch diese angeblich unpolitischen Veranstaltungen werden dann Elemente, die sich von den politisch-sozialdemokratischen Parteibestrebungen fernhalten würden, „eingefangen“ und allmählich für die Ideen der Partei gewonnen. Sodann heißt es förmlich:

„Die Kennzeichnung dieser Organisationen als politisch-sozialdemokratische ist daher für eine Bekämpfung der Sozialdemokratie über die Notwendigkeit der Beobachtung der Vorschriften des Reichsvereinsgesetzes hinaus für die Verwaltungsbehörden von Wichtigkeit.“

Am 25. Juni wurde von der hiesigen Strafammer die Sache von neuem auf Grund der Berufung des Staatsanwalts verhandelt. Rechtsanwalt Heinemann (Berlin) betrat die Verbände der Maler, Textilarbeiter, Steinsetzer, Holzarbeiter, Bau-

arbeiter, Maschinisten und Deizer und der Zimmerer, Rechtsanwalt Herzfeld (Berlin) die Töpfer und Schuhmacher. Es fand eine überaus umfangreiche Beweisaufnahme statt. Nicht weniger wie 26 Zeugen wurden vernommen. Zunächst wurde der Polizeikommissar in Sagan vernommen. Er betonte, daß er keinerlei Anhalt dafür habe, daß die Gewerkschaften in Sagan sich politisch betätigen. Er habe verschiedene öffentliche Versammlungen der Gewerkschaften mitemacht, dort sei lediglich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Sagan gesprochen und hervorgehoben, daß Sagan in dieser Beziehung erheblich hinter anderen Orten in Deutschland zurückbleibe. Daron sei stets die Mahnung, sich der Gewerkschaft anzuschließen, geknüpft worden. Wenn in seiner Gegenwart ein politisches Thema behandelt worden wäre, so würde er eingeschritten sein. Als früherer Anwalt sei ihm, dem Zeugen, genau bekannt, was ein politisches Thema sei. Derselbe Aussage machte ein zweiter Polizeibeamter. Darauf wurden der Vorsitzende der örtlichen politischen Organisation, der Arbeiterssekretär und von jeder Gewerkschaft zwei bis drei Mitglieder, die die Staatsanwaltschaft ermittelt hatte, ganz eingehend vernommen. Die Beweisaufnahme ergab mit solcher Wucht die Tatsache, daß die Gewerkschaften Sagens sich von jeder politischen Tätigkeit fernhalten, daß der Staatsanwalt am Schlusse der Beweisaufnahme selbst erklärte, er könne nicht behaupten und beweisen, daß die Gewerkschaften sich politisch in irgendeiner Beziehung betätigen. Er nehme daher gegenüber sämtlichen Angeklagten die Verurteilung zurück!

Ein Bauarbeiterkongress. Die Generalkommission der Gewerkschaften beruft den dritten Bauarbeiterkongress auf Montag, den 11., und Dienstag, den 12. August, nach Leipzig in den Kongressaal der Internationalen Bauhandwerkervereinigung.

Als Tagesordnung in vorläufiger Vorsehung:

1. Die Entwicklung des Bauarbeiterkongresses im letzten Jahrzehnt. Referent: Gustav Deike.
2. Die Unfallgefahren im Baugewerbe. Referent: August Wüning und Georg Reichel.
3. Die Berufsstrafkeiten im Baugewerbe. Referent: Professor Dr. Sommerfeld.
4. Die beachtenswerte Regelung des Submissionswesens durch Reichsgesetz. Referent: Hermann Silberhahn.

Anträge zur Tagesordnung oder solche, die auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 20. Juli an die Generalkommission einzulegen. Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht. Zur Teilnahme an dem Kongress sind die am Bauarbeiterkongress interessierten Zentralverbände berechtigt. Die Vorstände dieser Organisationen werden ersucht, die Wahl der Delegierten zu veranlassen.

Stand der Gewerkschaften nach Industriegruppen. Nach einer Zusammenstellung in der neuesten Nummer des „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ stellt sich der Mitgliederbestand der Gewerkschaften nach Industriegruppen wie folgt:

| | Mitgliederzahl am 31. Dezember 1911 | 1912 |
|---------------------------------------|-------------------------------------|-----------|
| 1. Baugewerbe | 431.697 | 468.875 |
| 2. Metallindustrie | 564.319 | 596.839 |
| 3. Textilarbeiter | 131.426 | 142.634 |
| 4. Handels- u. Transportgewerbe | 213.495 | 247.518 |
| 5. Verarbeiter | 120.136 | 114.062 |
| 6. Bekleidungsindustrie | 111.727 | 114.132 |
| 7. Holzindustrie | 199.836 | 213.761 |
| 8. Nahrungs- u. Genussmittelindustrie | 118.330 | 124.513 |
| 9. Gärtner | 6.231 | 6.858 |
| 10. Gastwirtsgehilfen | 13.918 | 16.542 |
| 11. Industrie der Steine u. Erden | 74.474 | 76.788 |
| 12. Papier- u. Lederindustrie | 69.876 | 74.041 |
| 13. Poligraphische Gewerbe | 99.727 | 100.845 |
| 14. Fabrikarbeiter | 189.443 | 207.667 |
| 15. Sonstige Verufe | 55.883 | 60.781 |
| Summa | 2.400.018 | 2.659.791 |

Zunahme 159.793

Die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums wird treffend gekennzeichnet in der Nr. 25 der bekannten katholischen „Möliner Korrespondenz“. In einem Artikel mit der ironischen Ueberschrift „Die Politik des Interessenausgleiches“ macht sich die Korrespondenz lustig über die Haltung der Partei der rechten Mitte (juste milieu) bei der Wehrvorlage.

Die Phrase, daß nach der Zentrumspolitik „jeder Stand das Seine“ erhalte, gliedert die „Möliner Korrespondenz“ wie folgt:

„Die Industriearbeiter und Gewerbetreibenden sollen also die hohen Viehpreise billigen, damit der Bauer seine Kühe und Kälber teuer verkaufen könne, der Bauer soll hohe Preise für landwirtschaftliche Ma-

schmen und sonstige Industrieerzeugnisse zahlen, damit der Fabrikherr seinen Arbeitern mehr Lohn zahlt. Und andere Proletarier sollen mit ihrem „anwachsenden Lohn“ hübsch zufrieden und ruhig sein, damit die oberen Hunderttausenden Automobilsellbarone und Selbsttrinken können, denn das liegt im Interesse der Automobilschaffenden und Selbstbarone.

Nicht nur im Interesse der hier betraugten Automobilschaffenden und Selbstbarone liegt es, daß die Proletarier hübsch zufrieden und ruhig sind, sondern der Kapitalistenklasse insgesamt. Und die führenden Genossenschaftler gehören durchweg den anerkannten Klassen an; unzählige haben es verstanden, innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit schwerreiche Leute zu werden. Damit die Arbeiter weiter hübsch zufriedener und ruhig bleiben, haben diese Kapitalisten seinerzeit für die furchtbarsten Arbeiter „Heinliche Genossenschaften“ gegründet.

Was alles aus Steinföhle gemacht wird, davon gibt allein schon die Ueberflut über die Kohleprodukte, die man direkt auf der Förderstelle auf den Gruben gewinnt, eine Vorstellung. So wurden im Jahre 1912 im Oberbergamtsbezirk Dortmund 100.261.940 Tonnen Steinföhle gefördert. Neben dem hiervon direkt in den Handel gebrachten Mengen wurden daraus erzeugt: Aols 21.604.550 Tonnen, Bränter 1.567.890 Tonnen, Ammoniakwasser 6965 Tonnen, Schwefelsaures Ammoniak 290.060 Tonnen, Salmat 3 Tonnen, Ammoniakpulver 1490 Tonnen, Teer 700.000 Tonnen, Teerpech 110.880 Tonnen, Schweröl 1180 Tonnen, Anthrazenöl 31.480 Tonnen, Kreosotöl 24.580 Tonnen, Leuchtöl 25.855 Tonnen, Waichöl 4370 Tonnen, Naphthalin 13.980 Tonnen, Anthrazen 3500 Tonnen, Benzol 80.690 Tonnen, Naphthalin 3360 Tonnen, Toluol 6670 Tonnen, Khol 2500 Tonnen, Solventnaphtha 8390 Tonnen, Naphthalinschwamm 335 Tonnen.

Dabei stellen diese Erzeugnisse zum Teil nur Rohprodukte dar, die ihrerseits in vielen Fabriken zu Tausenden von chemischen Artikeln, Genußmitteln, Medikamenten, Parfümen, Karbitoffen usw. verarbeitet werden. Aber auch zu Kraft- und Heizzwecken verwendet man vielfach nicht mehr die Steinföhle roh bezogen, als Kohle oder Briketts, sondern wandelt sie in Gas bezogen, elektrische Energie um, deren Vorleistung großartige Kohle- und Drahtbrennstoffwerke übernehmen. So erzeugte man 1912 auf diesen Schachtanlagen allein zu diesem Zwecke 162.613.900 Kubikmeter Gas und 824.518.000 Kilowattstunden an Elektrizität.

Bekanntmachung für die Berliner Reifartikel- und Portefeuille-Branche.

Am 1. Juli 1913 ist die fünfprozentige Lohnerhöhung für alle Reiflohnarbeiter und -arbeiterinnen der Reifartikel- und Portefeuillebranche, welche nicht mehr als 34 Mk. pro Woche verdienen, in Kraft getreten. Einige Fabrikanten glauben, gestützt auf den Wortlaut des Tarifs, die Arbeiterinnen von dieser Lohnerhöhung auszuschließen. Diese Auffassung ist irrtümlich. Es haben die Teilnehmer an den zentralen Verhandlungen 1911 in Offenbach a. M. schriftlich bestätigt, daß für alle Reiflohnarbeiter und -arbeiterinnen, soweit der von diesen bezogene Lohnsatz 34 Mk. pro Woche nicht übersteigt, um 5 Proz. zu erhöhen ist. Die Werkstättenvertrauensleute sind verpflichtet, bei der nächsten Lohnzahlung auf die Einhaltung dieser Bestimmung zu achten. Der Ortsverwaltung ist sofort Mitteilung zu machen, wenn in einem Betriebe die Lohnzahlung nicht gezahlt worden ist.

Z. A.: G. Weinschild.

Bücherchau.

Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung. Von diesem Geschichtskalender gelangt soeben das erste Vierteljahrheft des 2. Jahrgangs zur Ausgabe. Der Zweck des Internationalen Jahrbuchs liegt darin, die Tagesereignisse zu sichten und vor Tatsachen, die als historisch bedeutsam erkannt sind, mit möglichster Genauigkeit Bericht zu geben. Auf diese Weise wird sich das Werk in seinen fortlaufenden Bänden zu einem Nachschlagewerk gestalten, das nur augenblicklich Interessierenden unberücksichtigt läßt, aber auf Fragen nach wichtigen Vorgängen vergangener Jahre richtige und möglichst erschöpfende Antwort gibt.

Das Internationale Jahrbuch ist für jeden Politiker, Gewerkschaftler, Genossenschaftler, Agitator, Redakteur ein überaus wichtiges Nachschlagewerk, das fernerhin kaum wird entbehrt werden können. Es erscheint in vier Heften jährlich und kostet pro Jahr

10 Mk. Jedes einzelne Heft 2,50 Mk. Der erste Jahrgang ist noch in Heften zu 10 Mk., oder in einem Halbjahresband zum Preise von 12 Mk. durch die Buchhandlungen zu beziehen. Dieselben werden auch Bestellungen auf den zweiten Jahrgang angenommen.

Wie soll man wandern? Anleitungen und Punkte von Engelbert Graf. Die Schrift ist von der Zentrale für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben worden, um zur Förderung aller Jugendwanderungen beizutragen. Die Wanderungen der arbeitenden Jugend sollen nicht nur der körperlichen Erholung und geistigen Erziehung, sondern auch der geistigen Fortbildung unserer Jugend dienen. Dazu die Jugendwanderungen auszuhalten ist allerdings keine so leichte Aufgabe. Hierbei den Funktionen unserer Jugendbewegung behilflich zu sein, ist der Zweck der Schrift.

Der Verfasser, ein alter Praktiker im Wandern, gibt eine reiche Fülle erfolgreich erprobter Rat schläge für die Organisation und Durchführung rechter Jugendwanderungen. Somit dürfte die Schrift, die für den Jugendleiter kaum entbehrlich ist, von jedem Freund genußreichen Wanderns begrüßt werden.

Der Preis der 32 Seiten starken Broschüre beträgt im Buchhandel 20 Pf., die Jugendlichen erhalten sie durch die Jugendausschüsse und Vereine billiger.

Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu richten.

Thomas-Bücherei. Herausgeber Dr. Raffian Schmidt. Verlag: Theob. Thomas, Leipzig, Königsstr. 3. Neu erschienen und unseren Bibliotheken zur Anschaffung aufs angelegentlichste zu empfehlen sind folgende Bändchen: Die Nervenschwäche, ihre Ursachen, Verhütung und Heilung. Von Dr. med. Georg Luda. Preis 40 Pf. Die wichtigsten Faserpflanzen. Von Dr. A. Thiele. Preis 60 Pf. Unser Wald. Ein Kapitel denkender Naturbetrachtung im Rahmen der vier Jahreszeiten. Von Dr. L. Kämmermeyer. Preis 80 Pf.

Sterbetafel.

Offenbach a. M. Am 28. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied Heinrich Menotti im Alter von 53 Jahren.
Bauern. Unser Mitglied Paul Schebee ist im Alter von 51 Jahren infolge Herzschlages plötzlich verstorben.
Ehre ihrem Andenken!

Adressenänderungen.

Frankfurt a. M. Das Bureau der Verwaltungsstelle befindet sich im Gewerkschaftshaus, Stolte-Kraße 13, II. Zimmer 26, und ist für den Verkehr wochentäglich von 2 bis 5 1/2 Uhr geöffnet. In dieser Zeit haben alle An- und Abmeldungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und auf der Reise zu erfolgen.

Anzeigen

Zentral-Brankenkasse der Sattler, Portefeuille u. Berufsgenossen Deutschlands, E. F. 64 in Berlin

Quartalversammlungen.

Tagessordnung:

- 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1913.
- 2. Wahl des halben Vorstandes.
- 3. Berichterstattung von der Generalversammlung zu Frankfurt a. M.
- 4. Verschiedenes.

Ghemnik. Sonnabend, den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Goetbegarten“, Zwidauer Straße.

Tresden. Sonnabend, den 12. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkshaus“: Mitgliederversammlung.

Verwaltungsstelle Berlin.

Jugend-Abteilung.

Sonnabend, den 19. Juli

Nachpartie Strausberg-Budow.

Treffpunkt 8 Uhr abends Schlesischer Bahnhof, Ausgang Breslauer Straße.

Fahrt bis Rehsfelde, dann Marsch nach Garzin. Dasselbst Nachtquartier (mit Kaffee 0,30 Mk.). Sonntags Marsch nach Budow, Märkische Schweiz. Rückfahrt von Müncheberg. Gesamtkosten 2.- Mk.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Jugend-Ausschuss.

Halle a. S. Auszahlung der Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis bei G. Säge, Schillerstr. 41, Hof rechts, 1 Treppe. Wochentags von 12-1 und 6-7 Uhr. Sonntags von 12-1 Uhr mittags.
Verdau. B. Johann Kubika, Poststraße 8, pt.

Verfallungskalender.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Verfallungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns eintreffen.

- Kaden.** Sonntag, den 13. Juli, vormittags 11 Uhr, bei Tabinen.
- Berlin.** Generalversammlung. Mittwoch, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den „Münchhallen“, Kommandantenstr. 58/59.
- Bremen.** Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus.
- Breslau.** Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus.
- Göthen.** Sonntag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Ludwigsstr. 40.
- Leipzig.** Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Lokal“.
- Dortmund.** Samstag, den 19. Juli, abends 9 Uhr, bei Janlosky.
- Düsseldorf.** Samstag, den 19. Juli, abends 9 Uhr, Kajernenstr. 65.
- Erlangen.** Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr. Außerordentliche Generalversammlung im „Goldenen Bech“.
- Offen (Habr).** Samstag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schuering.
- Halle a. S.** Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Volkspart“.
- Halle a. S.** Geschirrbrennerei. Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Gr.-Berlin 11 im Englischen Hof.
- Hamburg.** Donnerstag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus.
- Kaiserlautern.** Sonnabend, den 19. Juli, abends 9 Uhr, „Zum Schützenheim“.
- Karlsruhe.** Samstag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Lokalbau“.
- Kassel.** Freitag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Graben“ bei Sommer.
- Konstanz.** Samstag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Auffhäuser“.
- Leipzig.** Reiseartikelbranche: Freitag, den 18. Juli, „Volkshaus“, Feiler Str. 32. — Geschirrbrennerei und Wagenbranche: Sonnabend, den 19. Juli, „Volkshaus“, Feiler Str. 32.
- Magdeburg.** Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, „Neue Welt“.
- Märzkränze.** Dienstag, den 15. Juli, abends 7 Uhr, „Partisanen“.
- Ober-Niederrhein.** Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, Bertholds Restaurant.
- Wiesbaden.** Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus.
- Zwickau.** Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr.

Verwaltungsstelle Berlin.
Sonnabend, den 2. August 1913
Große Mondschein-Fahrt
per Dampfer mit Musik nach dem herrlich gelegenen
Wendenschloß bei Grünau.
Dasselbst in 2 Sälen großer Sommernachtball sowie großes Land- und Wasserfeuerwerk. Billets, gültig zur Hin- und Rückfahrt, inkl. Tanz 75 Pf.
Abfahrt pünktlich 8 Uhr abends von der Anlagestelle der Firma Kahnt & Berger, Stralauer Brücke an der Wallendbrücke. Billets, welche bis Mittwoch, den 30. Juli, nicht zurückgegeben sind, gelten als verkauft und müssen unbedingt bezahlt werden.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Das Komitee.

Militär-Sattler,
nur tüchtige Tornisterarbeiter, sucht
Sattler-Zunngmeister, Halleische Str. 18.
Verfasser
Schnur Schneider
per sofort in dauernde Stellung nach Berlin verlangt. Gefl. Offerten unter 437 an die Exp. d. Bl.